Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

53 (20.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

53. Sitzung.

Dienstag, den 20. Juli 1926, nachmittags 1/2 4 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung und Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 52. Sitzung.

In Verbindung mit der Beratung über Hauptabteilung III, Ministerium des Innern:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Bock und Gen., Maßnahmen gegen die Notlage landwirtschaftlicher Familienbetriebe (Drucks. Nr. 112 und 112 a),

Berichterstatter Abg. Weißhaupt.

Am Regierungstisch: Staatspräsident Justizminister **Trunk**, Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts **Remmele**, Finanzminister Dr. **Köhler**, Ministerialdirektor **Leers**, Ministerialrat Dr. **Jung**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 2659/60.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung und gibt folgende

Eingänge

bekannt.

I. Verhinderungsanzeigen:

der Abg. Bock, Brixner, Habermehl, Maier-Heidelberg, Marum, Frau Rigel wegen Erkrankung, der Abg. Büchner, Sack wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. Aus der Mitte des Hauses:

folgende Anträge der Abg. Ritter, Schreck und Lechleiter:

Die kommunistische Fraktion stellte zum Ministerium des Innern folgende Anträge:

Anträge

zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927,

Hauptabteilung III: **Ministerium des Innern.**

I.

Es werden gestrichen:

Ordentlicher Etat.

Titel	I	§ 1	Aufwandsgeld 2400 RM. wird gestrichen.
„	III		wird gestrichen.
„	IV	§ 1	Bezüge der Landräte wird gestrichen.
„	V	§ 5c	wird gestrichen.
„	V	§ 8	wird gestrichen.
„	V	§ 14	wird gestrichen.
„	V	§ 18	wird gestrichen.
„	V	§ 20	wird gestrichen.
„	V	§ 25	wird gestrichen.
„	V	§ 32	wird gestrichen.
„	V	§ 33	wird gestrichen.
„	V	§ 34	wird gestrichen.

Außerordentlicher Etat.

„	V	§ 2	wird gestrichen.

Ordentlicher Etat.

„	VI		wird gestrichen.
„	VII	§ 1	wird gestrichen.
„	VII	§ 5	wird gestrichen.
„	VIII	§ 2	wird gestrichen.
„	VIII	§ 12	wird gestrichen.
„	VIII	§ 15	wird gestrichen.
„	IX	§ 1	2 Anstaltsoberpfarrer wird gestrichen.
„	IX	§ 4a	wird gestrichen.
„	XIII	§ 16	werden statt 5000 RM. 50 000 RM. eingesetzt.
„	XIII	§ 17	wird gestrichen.
„	XIII	§ 18	wird gestrichen.

Bibl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Anträge)

Außerordentlicher Etat.

Titel XIII § 2 werden anstatt 10 000 RM. 100 000 RM. eingesetzt.

Ordentlicher Etat.

„ XVII § 1a wird gestrichen.
„ XVII § 38 wird gestrichen.

Außerordentlicher Etat.

„ XVII § 1 und 2 werden gestrichen.

Ordentlicher Etat.

„ XX § 3 wird gestrichen.

II.

Die in Titel VI der Einnahme § 5 genannten Verpflegungskostenbeiträge werden nicht erhoben.

Die Behandlung der Pfleglinge erfolgt auf Staatskosten.

III.

Das Staatsministerium wird ersucht, zur Linderung der Not der Erwerbslosen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

a) Die erforderlichen Mittel bereit zu stellen zur Auszahlung einer einmaligen Herbstbeihilfe von 50 RM. an alle verheirateten Erwerbslosen, sowie an jedes Familienmitglied 10 RM. und an alleinstehende unverheiratete Erwerbslose 25 RM.;

b) den Gemeinden zwecks Erstattung der Miete für alle Erwerbslosen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen;

c) eine 20 Millionen-Anleihe aufzunehmen, die in erster Linie zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden soll;

d) ausreichende finanzielle Beihilfe an die Gemeinden zur Durchführung von Notstandsarbeiten zu gewähren.

IV.

Die Regierung wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge dahingehend geändert werden, daß bei Erwerbslosigkeit die Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie von Invaliden und Altersrentnern auf die Unterstützung nicht angerechnet werden.

V.

Der Landtag ersucht die Regierung, über die gesundheitlichen Folgen der Erwerbslosigkeit baldigst eine Denkschrift vorzulegen.

Karlsruhe, den 20. Juli 1926.

Ritter, Lechleiter, Schreck.

Der Antrag wird gedruckt (Drucks. zu Nr. 118c) und beim Voranschlag des Ministeriums des Innern behandelt werden.

III. Gesuche:

1. des Evangel. Oberkirchenrates, Unterstützung des Gesuches der Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung G. m. b. H. um Staatszuschuß.

Da das Gesuch selbst behandelt ist, kann das Beischreiben von dem Berichterstatter mitbehandelt werden.

Die weiteren Gesuche werden zurückgegeben werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Ziffer II der Tagesordnung der 51. Sitzung:

Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927, und zwar Hauptabteilung II Staatsministerium.

In der allgemeinen Beratung erhalten weiter das Wort

Abg. Lechleiter (Komm. P.):

Am 30. November hat der Herr Staatspräsident hier eine programmatische Rede verlesen. In dieser Rede heißt es u. a.:

„Die Regierung erblickt in der geradlinigen Fortsetzung der Locarnopolitik die von den Parteien der Weimarer Koalition in klarer Folgerichtigkeit seit Jahren erkannte und getragene Außenpolitik des Reiches. Mit dem Reich erwarten wir „auf dem dadurch eröffneten Friedenswege mit aller Kraft voranzuschreiten". Durch Mitarbeit von seiten des Landes Baden wollen wir in der Tat mit der Reichsregierung „auf der Grundlage von Locarno darauf abzielen, daß wir sowohl auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet in immer steigendem Maße Nutzen aus der Herstellung eines wirklichen Friedens in Europa ziehen."

Der Abg. Rückert hat ebenfalls in dieser Politik, die die badische Regierung in ihrer programmatischen Erklärung vom 30. November hier betont hat, eine Gewähr dafür gesehen, daß die wirtschaftliche Lage sich bessern werde. Der Abg. Rückert hat ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Stabilität, die wir heute zu verzeichnen haben, die Folge der Locarnopolitik sei. Er war allerdings auch vorsichtig genug, gleich daran anzufügen, daß diese Stabilität sich bis jetzt nur auf Kosten der Arbeiterschaft bewegt hat. Deshalb ist es auch wichtig, von diesem Gesichtspunkte aus an die Beurteilung des Staatsvoranschlages für Baden heranzutreten, weil ja, wie gesagt, die Regierung in ihrer programmatischen Erklärung am 30. November letzten Jahres sich diese Politik zu eigen gemacht und in jener Erklärung zum Ausdruck gebracht hat, daß auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete in immer steigendem Maße Nutzen aus der Herstellung des wirklichen Friedens in Europa gezogen werden könne.

Wie sind nun die Wirkungen? Wie hat sich politisch und wirtschaftlich dieses Friedenswerk von Locarno entwickelt? Wir sehen auf Locarno bald Genf folgen, und wir sehen auch, wie man in Genf unter Ausschluß eines wichtigen Staates, Sowjet-Rußlands, das ein Sechstel Europas beherrscht, an die Fortentwicklung des Locarnoer Friedenswerkes herangegangen ist. Wir sehen weiter, daß dieses Locarnowerk in Genf elend Schiffbruch erlitten hat. Wir haben schon öfter zum Ausdruck gebracht, daß wir gegen die Locarnopolitik waren und sind, weil wir vorausgesehen haben, daß die Entwickelung auf Grund der Locarnopolitik die Arbeiterschaft in eine noch viel größere politische und wirtschaftliche Knechtung hineinziehen werde, als es schon bislang der Fall war. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Friedensschalmai des Locarnowerkes nur Schall und Rauch ist. Genf hat es dann auch bewiesen. Schon die Tatsache, daß Sowjet-Rußland auf der Genfer Konferenz ausgeschaltet wurde, ist ein Beweis für die Fragwürdigkeit der Friedenspolitik der Locarnomächte. Ein weiterer Beweis dafür, wenn wir behaupten, daß die Locarnopolitik eine Einkreisungspolitik gegenüber Sowjet-Rußlands ist, besteht darin, daß man eben Sowjet-Rußland von der Genfer Konferenz ferngehalten hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lechleiter** [Komm. P.])

Die Locarnopolitik hat sich auch dahin ausgewirkt, indem nun sämtliche Staaten, außer Rußland, größere Friedensrüstungen aufweisen als je zuvor. In allen übrigen Staaten, in Frankreich, England, Italien, Polen, Tschecho-Slowakei, Deutschland sogar nicht ausgenommen, sehen wir diesen „Fridensgeist" von Lacarno und Genf darin bestehen, daß überall der Vorkriegsaufwand für die Rüstungspolitik überstiegen ist. Nur bei Sowjet-Rußland sehen wir, daß es in bezug auf die militärischen Ausgaben weit hinter den Friedensausgaben zurückbleibt, daß es mit 50 Proz. hinter den Ziffern der Zeit des Zarentums zurückgeblieben ist. Wir können aber weiter sagen, daß gerade bei diesem proletarischen Staat die wirkliche Friedenspolitik am besten zum Ausdruck kommt, weil er sich nicht auf die Ausdehnungspolitik einstellt, wie die sog. Locarnomächte, seine militärischen Ausgaben dienen einzig und allein dazu, die weißgardistischen Heere innerhalb und außerhalb Rußlands in Schach zu halten. Dazu bedarf es nicht dieser unsinnigen Rüstungsausgaben, wie sie in den übrigen europäischen Staaten an der Tagesordnung sind, die einen Beweis dafür geben, was das „Friedenswerk von Locarno" in Wirklichkeit bedeutet.

Aber auch wirtschaftlich sehen wir, wie in Deutschland und in den übrigen Staaten Europas das Locarnowerk immer mehr und mehr sich zu einer drückenden Last für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land entwickelt. Wir sehen, daß in Deutschland die Arbeitslosigkeit seit den letzten Jahren andauernd im Wachsen ist; ganz besonders seit der Zeit, wo man in Locarno Politik machte, ist es auf diesem Gebiete riesig vorwärts gegangen. Wenigstens auf dem einen Gebiete geht es bei uns vorwärts, nämlich in der Verelendung der Arbeiterklasse, in der Stabilisierung des Elendes der arbeitenden Schichten der Bevölkerung. Während wir noch 1919 1 Million Arbeitslose hatten, zählten wir nach einem wesentlichen Rückgang am 15. Dezember 1925 schon wieder eine Million, am 1. Januar 1926 1½ Millionen Erwerbsloser; Ende des Monats Januar 1926 hatten wir schon 2 Millionen; und wenn wir heute im Juli 1926 die Kurzarbeiter dazu rechnen, dann können wir sagen, daß wir in Deutschland 5 Millionen erwerbslose Menschen haben. Das ist eine andere Seite der Locarnopolitik, auch ein Zeichen der „friedlichen Entwicklung" im Geiste von Locarno.

Aber diese Beobachtungen machen wir nicht nur in Deutschland. Auch in anderen Staaten sehen wir, daß die Arbeitslosigkeit nicht etwa nur „stabilisiert" wird, sondern, daß sie zum Teil weiter zunimmt. In ganz Europa haben wir mindestens 12 Millionen Arbeitslose. Von diesen 12 Millionen Arbeitslosen entfallen auf Sowjetrußland — das etwa ein Sechstel der Fläche von Europa umfaßt — etwa rund eine Million (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion). Wir sehen also eine außerordentlich interessante Entwicklung. Auf der einen Seite greifen in Deutschland Arbeitslosigkeit und Verelendung immer weiter um sich; auf der anderen Seite sehen wir, wie diese Erscheinungen gerade in jenem Land, das so viele Schmäher findet, festgestelltermaßen in demjenigen Grade sinken und zurückgehen, wie dort die Wirtschaft sich entwickelt. Es wird niemand bestreiten können, daß in Sowjetrußland die Wirtschaft sich im Aufstieg befindet; das sprechen heute sogar Leute aus, die grimmige Feinde des Sowjetstaates sind (Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion).

Die Erwerbslosigkeit ist also ein Problem, das im kapitalistischen Staat nicht gelöst werden kann. Ganz besonders zeigt sich das auch an dem Beispiel von England, das ja bekanntermaßen seit Jahren schon ebenfalls unter einem Arbeitslosenheer in der Stärke von einer Million und noch mehr zu leiden hat. Und gerade wenn wir die letzten riesigen Kämpfe der Arbeiterschaft betrachten, wie sie in England ausgefochten werden, dann erkennen wir, daß selbst ein Land, das in wirtschaftlicher Beziehung bedeutend stärker ist als Deutschland, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht bewältigen kann. Es handelt sich um das wichtigste Problem, das heute dem kapitalistischen Staat zur Lösung gestellt ist.

Gleichzeitig sehen wir beim Blick auf England, daß dort ein anderes wichtiges Problem, das allerdings eng mit der Frage der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, nämlich die Wohnungsfrage, gleichfalls selbst in einem kapitalkräftig so starken Lande wie England, bis jetzt ebenfalls nicht gelöst werden konnte.

Alle diese Tatsachen bilden doch den Beweis dafür, daß die Locarnosonne für die arbeitenden Schichten nicht scheint, sondern daß auch dieser Sonnenschein nur einer ganz bestimmten Schichte der Bevölkerung, nur den „oberen Zehntausend" zugute kommt; das gilt ja nicht etwa nur für Deutschland, sondern auch für die anderen kapitalistischen Staaten Europas.

Wir sehen aber nicht allein, wie die Erwerbslosigkeit immer noch höher steigt und immer weiter um sich greift: In den letzten Tagen und Wochen hören wir außerdem aus allen Teilen des Landes, wie man bestrebt ist, weitere Tausende von Arbeitern auf die Straße zu setzen. So kommt ebenfalls aus Mannheim die Kunde, daß dort sehr wahrscheinlich nächstens wieder tausend Lanzarbeiter auf die Straße gesetzt werden; auch hier in Karlsruhe hört man, daß demnächst die Werkstättenarbeiter gleichfalls damit beglückt werden sollen, auf die Straße geschickt zu werden. Es ist das ja überhaupt nichts Neues bei der Reichsbahn, daß sie ihre bisherigen Reparaturwerkstätten eine um die andere langsam abbaut, um so die überlasteten sogenannten Staatsbetriebe aus der Welt zu schaffen und mehr und mehr die Privatwirtschaft mit denjenigen Aufgaben zu betrauen, die diese Werkstätten bisher zu erfüllen hatten.

Wir erkennen also: Nicht nur verbleibt es bei der bestehenden Erwerbslosigkeit, es ist nicht nur von keinem Zurückgehen dieser Erscheinung die Rede, sondern wir haben weiterhin andauernd damit zu rechnen, daß die Erwerbslosenziffer steigen wird: Im nächsten Winter werden wir sehr wahrscheinlich mit einer noch größeren Erwerbslosenzahl zu rechnen haben, als es im vergangenen Winter der Fall war.

Hier liegt der Grund, weshalb wir uns veranlaßt gesehen haben, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Denn es geht doch einfach nicht länger, daß man untätig zusieht, wie Millionen von Arbeitern ein Hungerdasein führen. Dabei geben wir zu bedenken, daß wenn es auf den Winter zugeht, vielleicht eine Million Arbeiter in Deutschland sich befinden, die nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen überhaupt auf diese Hungerunterstützungen, wie sie ihnen bisher zuteil geworden sind, kein Anrecht mehr haben, so daß also im kommenden Herbst und im kommenden Winter das Elend geradezu ins Unermeßliche gesteigert werden wird. Deswegen sahen wir uns veranlaßt, der Regierung anheim zu stellen, Mittel zu beschaffen, um für die heranziehenden Wintermonate den Erwerbslosen wenigstens eine einmalige Beihilfe geben zu können, die diese Leute in die Lage versetzt, eine Kleinigkeit als Wintervorrat anzuschaffen. Allerdings muß ich die Überzeugung aussprechen, daß dann viele für diese einmalige Beihilfe nicht werden Wintervorräte anschaffen können, sondern daß sie eben genötigt sein werden, ihre Schulden zu be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lechleiter** [Komm. P.])

zahlen; denn den Erwerbslosen wachsen ihre Schulden nachgerade ja über den Kopf.

Aber wir müssen nicht nur feststellen, daß die Erwerbslosigkeit — diese Geißel der arbeitenden Klasse — immer drückender auf den Rücken dieser Menschen herabsaust; denjenigen, die noch in Arbeit stehen, wird von ihrem kargen Lohn „abgebaut"; immer wieder, fast täglich, kann man Nachrichten lesen, nach welchen da und dort wieder neue Lohnreduzierungen vorgenommen worden sind. So hat man in der Bauindustrie die Stundenlöhne verschiedentlich um Beträge bis drei und vier Pfennig gekürzt. Aus dem Oberland und aus allen Teilen von Baden hören wir von Bestrebungen, die im Gange sind und darauf hingehen, die kärglichen Löhne der jetzt noch in Arbeit stehenden Arbeiter noch mehr herabzudrücken.

Das sind doch alles Erscheinungen, die nicht für eine Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung sprechen und nicht als Zeichen für eine solche gedeutet werden können; sie stehen in einem schlechten Verhältnis zu der „friedlichen Entwicklung auf dem Boden der Locarnopolitik".

Aber auch in politischer Beziehung sehen wir, wie immer mehr und mehr im Reiche die innerhalb der letzten Jahre erstarkte Reaktion sich bemerkbar macht, wie sie immer frecher und brutaler in Erscheinung tritt und wie diese Reaktion auch darauf ausgeht, den Arbeitern noch das bißchen Vereinsfreiheit und Vereinsrecht einzuschränken. Man möchte durch ein Reichsgesetz jene reaktionären Bestimmungen der Vorkriegszeit einführen, um so die Arbeiter noch besser an der Kandare zu haben, sie künftig noch mehr als bisher niederzuhalten und niederzudrücken und in noch höherem Grade als bisher die arbeitende Klasse in ihrer Lebenshaltung herabzuschrauben. Man muß dann nur noch berücksichtigen, daß die Wirkungen der Zollpolitik ein übriges dazu tun, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in der Richtung auf ein geradezu unermeßliches Elend zu verschlechtern — und man wird nicht mehr sagen können, daß von dieser gerühmten Locarnopolitik die Arbeiterschaft bis jetzt einen Vorteil gehabt habe oder künftighin etwa zu erwarten haben werde. Wenn man die in Deutschland maßgebenden Zeitungen, also die Zeitungen jener Kreise liest, die tatsächlich in Deutschland die Macht ausüben — unter anderem die „Bergwerkszeitung" —, wenn man dann liest, was diese Herrschaften alles im Sinne haben, so muß man schon sagen, daß die Arbeiterklasse den Leidensweg noch nicht zur Hälfte beschritten hat. In der „Bergwerkszeitung" war kürzlich zu lesen:

> „In der Rationalisierung steckt ein sachlicher und ein menschlicher Faktor. Sachlich muß jede Maschine, jede Einrichtung und jede Methode hinaus aus der Fabrik, die nicht vollständig auf der Höhe, die nicht ganz erstklassig ist. Menschlich muß jeder Arbeiter, jeder Angestellte und Beamte hinaus, der überflüssig oder nicht leistungsfähig ist."

Nette Aussichten für die Arbeiterschaft, für die Beamtenschaft, für die Angestelltenschaft! Denn man will diese Politik ja nicht allein auf die Privatindustrie ausdehnen, sondern man ist bestrebt, diese Politik des Hinauswerfens aller jener, die nach obiger Anschauung überflüssig sind, auch auf die kommunalen und staatlichen Betriebe auszudehnen. Die Voraussetzungen dazu werden sich ja schließlich im Laufe der Zeit schon geben. Die Anzeichen dafür sind ja ebenfalls vorhanden.

Es wäre aus dieser „Bergwerkszeitung", aus der ich vorhin dieses Zitat verlesen habe, noch einiges bekanntzugeben; ich verzichte aber darauf. Der Sinn des Artikels der „Bergwerkszeitung" geht darauf hinaus, eine Wirtschaftsdiktatur zu errichten; und dazu glaubt man nicht nur den Weg beschreiten zu sollen, daß alles, was überflüssig ist, nicht leistungsfähig ist, hinausgeschmissen wird, sondern auch noch die sogenannte Arbeitsdienstpflicht herbeiführen zu müssen, um so auf gesetzlichem Weg die Arbeiterschaft in ein vollendetes Sklaventum hineinzupressen (A wo! bei der Bürgerlichen Vereinigung). Das ist das Sklaventum, wie es leibt und lebt, diese Arbeitsdienstpflicht, die da heraufbeschworen wird! Ich will heute nicht darauf eingehen, was diese Arbeitsdienstpflicht unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen als Schlußfolgerung zuläßt. Tatsache aber ist, und darüber sind wir uns im klaren, daß bei dieser Erwerbslosigkeit die Herbeiführung eines Arbeitsdienstpflichtgesetzes eine Ausbeutung, eine Niederhaltung der Arbeiterschaft mit sich bringt, wie wir sie in Deutschland noch nicht erlebt haben.

Dann kann man verzichten, Tausende und Tausende polnischer Arbeiter hereinzutransportieren! Dann hat man in Deutschland dieses Sklavenvolk, das man will, das man aussaugen und ausbeuten kann so nach Herzenslust, um die Profite noch mehr zu steigern, als es schon bislang der Fall ist, um den Luxus, den man bisher entfaltete, auf Kosten eines unermeßlichen Elends noch weiterhin entfalten zu können. Wir haben ja dieser Tage gelesen, wie man Arbeiter abgebaut und auf der anderen Seite ganze Wagen von Luxusblumen in die Villa des Direktors hineingeschafft hat. Auf der einen Seite schmeißt man die Leute auf die Straße, auf der anderen Seite wirft man für Luxusblumen Tausende und Tausende von Mark hinaus (Zuruf vom Zentrum: Wo?). Im Oberland, im Wiesental, in Zell, wenn ich nicht irre. Aber abgesehen davon, der Herr Abg. Heurich ist ja auf diesem Gebiet ein Meister, zu zeigen, wie der Klassenunterschied im heutigen, im sogenannten neuen Staat besteht. Er hat schon oft in seinen Reden darauf hingewiesen, wie die Direktoren ein Schlaraffenleben führen auf Kosten der arbeitenden Klasse — nur hat er immer vergessen, die notwendige Schlußfolgerung daraus zu ziehen! Er meint eben immer noch, Wolf und Lamm könne man miteinander auf die Weide spazierenführen. Das ist aber nicht möglich; es würde bei dieser Gelegenheit eben das Lamm immer derjenige Teil sein, der dabei aufgefressen wird mitsamt dem Gras der Weide (Heiterkeit). Mit dieser Weiße-Salbe-Politik wird man eben nicht weiterkommen, sondern da heißt es auch: Mit dem Mundspitzen ist es da nicht getan, hier muß endlich gepfiffen werden! (Zurufe vom Zentrum: Das gibt eine schöne Musik! — Die werden auf Euch pfeifen! — Weitere Zurufe).

Wir sehen also, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Locarnopolitik ebenfalls keine Erfolge zu verzeichnen hat; nicht eine Milderung der Wirtschaftskrise, sondern eine Verschärfung derselben hat sie mit sich gebracht.

Der versprochene Aufbau der Wirtschaft ist nicht gelungen, sondern wir sehen im Jahre 1926 die stärkste Wirtschaftskrise und die größte Arbeitslosigkeit, die seit dem Jahre 1918 zu verzeichnen ist. Wir sehen, daß die Kosten für die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer restlos auf die Schultern der arbeitenden Klasse abgewälzt worden sind. Wir sehen, daß trotz aller „positiven Mitarbeit", die von seiten der Sozialdemokratie immer wieder gerühmt wird — daß trotz dieser „positiven Mitarbeit" im kapitalistischen Staat die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise sich immer mehr und mehr verstärkt. Und es ist nun so, daß eben nicht ein paar Regierungs-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lechleiter [Komm. P.])

sessel eine Macht zum Ausdruck bringen, sondern die wirkliche Macht kommt heute zum Ausdruck durch jene außerparlamentarischen Wirtschaftskreise, die heute in Deutschland drauf und dran sind, die Wirtschaftsdiktatur zu errichten.

Das wäre ein kleiner Ausschnitt aus dem Gebiete der Locarnopolitik, ein kleiner Ausschnitt dafür, daß die Locarnopolitik eine Versklavung, eine ungeheuere Ausbeutung der Arbeiterschaft mit sich gebracht hat.

Nun möchte ich einige Ausführungen machen zu dem Staatsvoranschlag, der ja im Zeichen der Locarnopolitik aufgebaut ist, der — um ein Wort des Parteiführers der Zentrumsfraktion zu gebrauchen — im Zeichen der „robusten Sparsamkeit" sich bewegt. „Robuste Sparsamkeit bis zur äußersten Grenze", hat es geheißen, muß eingehalten werden bei der Verabschiedung des Staatsvoranschlags. Einverstanden! Aber dann soll die „robuste Sparsamkeit" einmal zur Abwechselung oben anfangen, nicht unten! Dann machen wir mit! Aber solange die robuste Sparsamkeit sich nur eben nach unten bemerkbar macht, dagegen nach oben von dieser Sparsamkeitspolitik nichts zu merken ist, solange müssen wir eine solche Sparsamkeitspolitik ablehnen.

Verschiedentlich kommt diese „Sparsamkeitspolitik" zum Ausdruck. Es wurde da von einigen Rednern schon auf den Voranschlag des Landtags bzw. auf die Arbeiten des Landtags hingewiesen.

Ich muß hier im Namen meiner Freunde schon sagen, daß wir diese Durchpeitschungspolitik bezüglich der Voranschlagsberatung im Plenum nicht mitmachen. Wir müssen dagegen Protest einlegen, daß man monatelang im Haushaltsausschuß über alles mögliche und unmögliche redet und so die Voranschlagsberatungen verzögert, um dann im Plenum hier so geschwind zwischen Tür und Angel, nachdem die meisten schon das Köfferchen für die Ferien gepackt haben, den Voranschlag zu erledigen (Abg. Schreck: Weil man die Öffentlichkeit fürchtet!). Das ist eine Politik, die meines Erachtens mit Demokratie nichts zu tun hat, und gegen die man an dieser Stelle doch ganz entschieden Front machen muß. Man spricht davon, daß die Arbeit an die verschiedenen Ausschüsse nicht richtig verteilt ist; ja, man hat es ja in der Hand, diese Verteilung so vorzunehmen, wie es haushälterisch eben notwendig gewesen wäre. Da ganz besonders vom Zentrum die Sparsamkeitspolitik gepredigt wird, so hätte man gerade von dieser Seite aus erwarten dürfen, daß es etwas frühzeitiger diesen Weg der Sparsamkeit bezüglich der Erledigung der Arbeiten des Landtags beschritten hätte, da ja immerhin das Zentrum in diesem Hause einiges zu sagen hat. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß es im Interesse der Erledigung der Arbeiten im Landtag dienlicher wäre, wenn die Regelung der Diätenfrage so gelöst würde, daß eben die Summe, die eben heute dafür ausgeworfen wird, ohne sie zu erhöhen, auf sämtliche Monate des Jahres verteilt würde. Das würde meines Erachtens auch ein Teil dazu beitragen, daß die Arbeiten im Landtage etwas fruchtbarer vor sich gehen (Abg. Schreck: Dann hätten sie ja keine Ausrede mehr, den Etat durchpeitschen zu können!).

Beim Voranschlag des Staatsministeriums sind wir der Meinung im Gegensatz zu einem großen Teil der übrigen Parteien des Hauses, daß die Gesandtschaft in Berlin überflüssig ist, nicht einmal ein notwendiges Übel (Lachen im Zentrum). Die Gesandtschaft in Berlin ist eben ein Ausdruck für unsere Kleinstaaterei, die wir in Deutschland haben. Es wurde heute früh schon, wenn ich nicht irre, von dem Herrn Abg. Dr. Glockner auf die Kleinstaaterei hingewiesen und dabei ebenfalls bemerkt, daß im Zeichen der Not, wie wir sie heute in Deutschland haben, es vielleicht angebrachter wäre, wenn hier die vielen Verwaltungskosten durch die verschiedenen Staaten und Stäätchen eben gespart werden könnten (Abg. Dr. Glockner: Das habe ich nicht gesagt!). Aber so etwas Ähnliches (Zuruf: Nur sehr entfernt Ähnliches! — Heiterkeit). Jedenfalls haben Sie darauf hingewiesen, daß die Verwaltungskosten heute ungeheuer sind, die die verschiedenen Länder aufbringen müssen. Wenn diese Ausführungen einen Sinn haben sollen, dann müßte man doch die Konsequenzen daraus ziehen und müßte eben dafür eintreten, daß dieser Unsinn, diese Verschwendung, die durch die Kleinstaaterei herbeigeführt wird, aufhört. Das wäre die logische Folge dieser Einstellung. Aber bei den Demokraten ist man es ja gewohnt, daß sie nicht ja und nicht nein sagen, sondern daß sie sich gewöhnlich enthalten, und daher lassen sie es sich auch hier mit der Feststellung der Tatsachen genügen.

Wir haben weiterhin nicht nur beim Voranschlag des Staatsministeriums, sondern auch bei den übrigen Etats die Meinung, daß mit den Aufwandsentschädigungen und den verschiedenen Nebengehältern ebenfalls abgebrochen werden muß. Es geht einfach nicht an, daß man in Gruppe X, XI, XII, XIII und in den sogenannten B-Klassen riesige Gehälter bezieht und nebenher noch Aufwandsentschädigung und sogenannte Nebengehälter einsteckt. Wir haben die Auffassung, wenn schon robust gespart werden soll, hier Gelegenheit dazu wäre, um auch nach außen hin zu zeigen, daß man sparen will und daß man sich einschränken will.

Wenn man heute die Millionen von Erwerbslosen draußen sieht, die Millionen von Kurzarbeitern, so viele Millionen, die mit 10, 12 und 15 M. die Woche heimgehen, daß sie mit diesen paar Mark leben müssen, auf der anderen Seite aber Gehälter von 13 bis 22 000 M. und noch mehr ausbezahlt werden und noch dazu die Aufwandsentschädigung und Nebengehälter, so ist das etwas, was wir mit unserem einfachen Menschenverstand nicht begreifen können. Daß das mit Sparsamkeit etwas zu tun hat, will uns eben nun einmal nicht einleuchten. Weil wir der Meinung sind, daß in all den verschiedenen Etats im Staatsvoranschlag gespart werden soll, wurde von unserer Seite beantragt, daß überall die Nebengehälter und Aufwandsentschädigungen gestrichen werden sollen, weil wir der Meinung sind, daß oben angefangen werden soll und nicht unten.

Wir haben noch einige andere Positionen in den verschiedenen Etats beim Ministerium des Innern sowohl wie beim Kultus und bei der Justiz, festgestellt, die mit Sparsamkeit, wie wir sie auffassen, nichts zu tun haben.

Eine falsche Sparsamkeit ist es auch unseres Erachtens, wenn man auf der einen Seite zum Beispiel für die Wohlfahrtspflege 4,5 Millionen in den Etat einstellt und für die Rüstungen des Bürgerkriegs, für die Polizei, 17,5 Millionen im ordentlichen und 190 000 M. im außerordentlichen Etat vorsieht: also rund 18 Millionen, beinahe die Hälfte; mindestens 40 Proz. des Etats des Ministeriums des Innern werden für Polizeizwecke ausgegeben. Für die Not, für das Elend, hat man Bettelpfennige übrig, während man auf der anderen Seite für die Machtinstrumente des Staates zur Niederhaltung der etwa rebellierenden Arbeiterschaft 18 Millionen zur Verfügung hat (Abg. Ritter: Daher der Name „Volksstaat"! — Minister des Innern Remmele: In Rußland!).

Leider sehen wir, daß für die Kinderfürsorge nur 10 500 Mark eingestellt sind, für die Krüppelfürsorge 1400 M. (Abg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lechleiter [Komm. P.])

Dr. Glockner: Wir haben sie erhöht!). Ich sage, das ist eingestellt; das ist jetzt eine andere Sache, ob sie im Ausschuß erhöht worden sind, aber so waren sie eingestellt. Diese paar tausend Mark, die als Erhöhung in Frage kommen, spielen wirklich in diesem Zusammenhange keine Rolle. Wir sehen weiter, daß für die Pferdezucht 152 000 M., für die Rindviehzucht 171 000 M. eingestellt sind (auf Zuruf:) Ich habe nichts dagegen, daß man für die Rindviehzucht etwas einsetzt, absolut nichts, obwohl ich der Meinung bin, daß hier in erster Linie den Oberen geholfen wird und nicht den Unteren (Heiterkeit). Ich bin einmal der Meinung, daß man für die Pferdezucht heute im Zeitalter des Autos diese Summe von 171 000 M. nicht mehr aufwenden sollte.

Die Bedeutung der Pferdezucht im Zeitalter des Autos ist etwas vermindert und sollte man in bezug auf den Etat die Sparsamkeitspolitik bei diesem Posten ebenfalls zur Geltung kommen lassen. Insgesamt sind für den Titel Rindvieh- und Pferdezucht 555 000 M. eingestellt. Wie gesagt, gemessen mit dem, was für die Wohlfahrtspflege eingestellt wird, ist das kein Vergleich, der stichhaltig ist, um zu sagen, daß man aus der heutigen wirtschaftlichen Not die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen hätte. Wenn man dann noch im Zeichen der schlimmsten Not in Deutschland für den Rennsport 160 000 Mark zur Verfügung hat, so ist das unverständlich (Auf Zuruf:) Jawohl, die Einnahmen sollte man dem Staat restlos zugute kommen lassen, die aus diesen Rennen herauskommen. (Auf Zuruf von demokratischer Seite:) Diese Summen, die herauskommen, bringen sie auf, aber sie werden dem Staat entzogen, das ist der Unterschied (Zuruf: Das stimmt nicht!). Das stimmt. Die Rennwettsteuer wird aufgebracht von denen, die zu den Rennen gehen, aber der Staat sollte sie restlos einziehen und nicht bis 85 Proz. dem Rennsport wieder zur Verfügung stellen. Das ist der Unterschied bei der ganzen Sache. Wenn Leute da sind, die für den Rennsport Geld übrig haben, bin ich der Meinung, daß dieses Geld für andere Zwecke wiederum dem Staate zugute kommen soll.

Beim Schulwesen sehen wir dasselbe, daß auch hier nicht in dem Maße verhältnismäßig für die Volksschule das getan wird, was für die Hochschulen und die sogenannten höheren Lehranstalten aufgebracht wird. Auch hier sehen wir das Gesicht der herrschenden Klassen. Ich möchte bei diesem Kapitel der Schule auf eines zurückkommen und zwar auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Mattes, der da glaubte ausführen zu müssen, daß der Zugang zu den Hochschulen etwas zu stark sei. Ich möchte dazu nur sagen, aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung ist der Zugang zu den Hochschulen nicht stark. Soweit ich orientiert bin, sind ganze zwei Arbeitersöhne an den Hochschulen in Baden (Abg. Dr. Glockner: Sie haben gar keine Ahnung!). Es wurde dies von sozialdemokratischer Seite gesagt. Weiter hat man die Auffassung in Heidelberg, daß wer kein Geld hat, auch nicht auf die Universität zu gehen braucht, infolgedessen sind auch die Stipendien unnötig. Das ist zum Ausdruck gekommen gegenüber einem Studierenden. Das ist eine Tatsache (Zuruf bei den Demokraten). Es wurde von dem Professor dem betreffenden Studenten gesagt, wenn Sie kein Geld haben, brauchen Sie nicht zu studieren. Daran wird nicht gerüttelt, das ist gesprochen worden, mag es auch dem einen oder anderen der anwesenden Herrschaften nicht gefallen. Tatsache ist es auch, daß die Stipendien, die gewährt werden können, nicht derartig hoch sind, daß die Studenten, die mittellos oder weniger bemittelt sind, davon irgendwie einen großen Vorteil haben könnten. Es gibt noch Gelegenheit, auf verschiedene Einzelheiten zurzeit des näheren einzugehen. Ich lasse es heute bei diesen Tatsachen bewenden.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß auch für die Jugend no chbedeutend mehr getan werden muß; sowohl für die Säuglings- und Kinderpflege, als auch für die Schuljugend muß unserer Auffassung nach bedeutend mehr geschehen, als es bislang der Fall war. Es ist notwendig, daß den Schulpflichtigen in den Volksschulen etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie stehen hier die Dinge? Die heutigen Schulkinder, die in der großen Zeit der Kohlrüben geboren worden sind (Lachen rechts), herangewachsen sind in den Hungerjahren der Inflation (Abg. Schreck: Da weiß Herr Klaiber nichts davon!), über sie geht heute die Krise der Wirtschaft mit der Preissteigerung und Arbeitslosigkeit der Väter hinweg. So zeigt sich das Leben unserer heutigen Volksschulkinder. Ich weiß nicht, ob das auch für Baden zutrifft, aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind dazu vorhanden — aus einem amtlichen Berichte aus Sachsen geht hervor, daß die Schulkinder meistens aus Schwäche kurz nach Beginn des Unterrichts einschlafen, daß eine Ermüdung in Erscheinung tritt, die den Unterricht stört und denselben beinahe zur Bedeutungslosigkeit herabdrückt. Ich glaube, daß, wenn man entsprechende Erhebungen machen würde — wir haben auch einen Antrag in dieser Richtung gestellt —, und wenn ich dabei auf die Denkschrift bezüglich der Tabakarbeiter hinziele, daß in dieser Richtung auch in Baden ähnliche Tatsachen bezüglich des Elends unserer heutigen Volksschuljugend festgestellt werden könnten. Wir müssen also schon verlangen, daß eine statistische Beobachtung aller Schulkinder sowohl auf ihren Gesundheitszustand, als auf Ernährung, Wohnung und Kleidung durchgeführt wird.

Wir müssen weiter verlangen, daß die Klassenbesetzung nicht über 30 Kinder hinausgehen darf. Auch von dieser Stelle aus muß in Zeiten der heutigen Not verlangt werden, daß der Staat den Gemeinden die Mittel zur Verfügung stellt, um die Unentgeltlichkeit der Lernmittel überall durchzuführen. Auch die obligatorische Schulspeisung ist im Hinblick auf die ungeheuere Erwerbslosigkeit und das unermeßliche Elend ein Gebot der Stunde, das unbedingt beachtet werden muß.

Auch die Schularztstellen müßten mehr, wie bisher der Fall ist, ausgebaut werden, hauptamtliche Schularztstellen müßten in allen Schulen durchgeführt werden. Dann ist es auch u. E. notwendig, daß der Staat Mittel zur Verfügung stellt, um die unbedingt notwendigen Schulhausneubauten in Angriff zu nehmen. Auch hier leiden Volksschuljugend, die Fortbildungsschüler, die Fachschüler unter dem Platzmangel derart, daß der Unterricht nicht so zur Geltung kommen kann, wie es notwendig wäre.

Das sind einige wenige Forderungen, die aus der heutigen Zeit der Not an uns herantreten und unbedingte Beachtung verdienen. Aber auch die Jugend außerhalb der Schulen, die der Schule entwachsen ist, muß mehr Schutz genießen, als es bis heute der Fall ist. Auch hier muß für weitgehende Schutzbestimmungen Sorge getragen werden. Man sagt, daß die Jugend die Zukunft habe. Deshalb ist es notwendig, daß gerade wir in Deutschland dafür sorgen, daß keine verkrüppelte, skrofulöse Jugend heranwächst, sondern eine Jugend, die in der Lage ist, den künftigen großen Aufgaben, die ihr gestellt sind, auch körperlich gewachsen zu sein.

Es wäre auch noch zu einer anderen Frage etwas zu sagen. Notwendig wäre es, daß etwas geschieht, und zwar endlich einmal geschieht bezüglich der Besoldungsordnung. Wie sie

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lechleiter** [Komm. P.])

heute praktiziert wird, ist einfach unmöglich auf die Zeit. Hier ist die Ungerechtigkeit auf die Spitze getrieben, wenn man denkt, daß die unteren Gehaltsgruppen noch nicht einmal auf die Höhe ihres Gehaltes gekommen sind, den diese Gruppen vor 1914 bezogen haben. Wenn man weiter bedenkt, daß die Kaufkraft der Mark nur 60 Proz. gegenüber der Mark der Vorkriegszeit darstellt. Wenn man das in Betracht zieht, muß man sagen, daß diese unteren Gehaltsklassen ein buchstäbliches Hungerdasein führen. Da ist es endlich an der Zeit, daß man diesen unteren Schichten der Beamtenschaft wirklich entgegenkommt, nicht indem man sie immer und immer wieder vertröstet, sondern endlich an eine Neuregelung der Besoldungsfrage herangeht. Mit dem Danke ist ihnen nicht gedient, der ihnen durch den Abg. Dr. Glockner hier erstattet worden ist. Damit haben sie nicht gegessen. Sie verlangen etwas mehr wie Dankesworte. Und in der Programmrede des Herrn Staatspräsidenten wurden am 30. November Worte gebraucht, denen die Tat auch nicht gefolgt ist. Es heißt hier:

„Die letztmals im November 1924 erfolgte Regelung der Besoldung der Beamten ist durch die Preisentwicklung längst überholt. In weiten Kreisen der Beamtenschaft verschärft sich die Not. Die Regierung hat deshalb vor kurzem wieder Anlaß genommen, den Herrn Reichsfinanzminister auf diese bedrohliche Lage aufmerksam zu machen und dringend gefordert, daß dieser Not rechtzeitig abgeholfen wird. Ob diese Hilfsmaßnahme dadurch erfolgt, daß die unzulänglichen Bezüge der unteren Besoldungsgruppen alsbald erhöht werden, oder daß sofort eine vollständige Änderung der reformbedürftigen Besoldungsordnung durchgeführt werde, ist für uns eine Frage des Zeitpunkts des Inkrafttretens der neuen Besoldungsregelung."

Also auch hier sehen wir, daß man feststellt, die Notlage der unteren Beamtenschaft ist groß, daß diese Not sich immer mehr verschärft. Am 30. November letzten Jahres hat man das festgestellt und am 30. November 1927 wird man das wiederum feststellen, und die Beamten können weiterhin ihr Hungerdasein führen, in dem Bewußtsein, daß ihre Kollegen über der 9. Gehaltsklasse hinreichend besoldet sind, daß jene Kollegen keine Nahrungssorgen haben. Es ist zwar kein erhebendes Bewußtsein, das die untere Beamtenschaft dabei haben wird. Sie wird sich eben endlich auch besinnen müssen, daß mit dem geduldigen Warten ihr nicht gedient ist und daß sie den Weg gehen muß, den die Arbeiterschaft gezeigt hat, um ihre Lage verbessern zu können. Mit den ewigen Versprechungen werden diese Leute nicht satt, es geht ihnen genau so wie den Erwerbslosen.

Übrigens ist in dieser Programmrede des Staatspräsidenten, die damals hier im Namen der Staatsregierung verlesen wurde, noch verschiedenes anderes enthalten, was unter dem Wort „alsbald" angekündigt wurde und heute ebenfalls noch der Erledigung harrt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das Hebammengesetz, ebenfalls eine Aufgabe, die vom sozialen Gesichtspunkt aus wirklich reformbedürftig ist und der dringenden Erledigung harrt. Aber auch in der Wohnungsfrage ist man nicht in dem Maße vorwärtsgekommen, wie es hier in der Denkschrift angekündigt worden ist. Auch hier wäre notwendig, daß endlich einmal ein gehöriger Schritt vorwärts gemacht wird. Wir sind nicht der Meinung des Herrn Kollegen Dr. Mattes, daß mit dem Ablauf dieses Voranschlags, mit dem Jahre 1927, die staatliche Förderung des Wohnungsbaues aufhören muß. Mit dem Jahre 1927 ist die Wohnungsfrage noch nicht gelöst, zumal wenn auch weiterhin so wenig geleistet wird, wie es bisher der Fall war.

Es ist also deshalb notwendig, daß hier etwas mehr geschieht, schon deshalb mehr geschieht, um dieser ungeheuren Erwerbslosigkeit besser zu steuern, als es bislang der Fall war. Das kann nur geschehen durch Arbeit und zwar nicht allein durch Notstandsarbeiten. Durch den Bau von Wohnungen wird der Erwerbslosigkeit am besten gesteuert werden können. Deshalb haben wir den vorhin verlesenen Antrag gestellt, daß auch hier ein Schritt vorwärts gemacht wird. Ich habe vorhin schon einmal ausgeführt, daß dieser Etat das Gesicht der herrschenden Klasse zeigt, nach oben freundliches Lächeln und nach unten eine grimmige Fratze. Schon aus diesen Beanstandungen heraus, wie ich sie am Staatsvoranschlag vorgenommen habe, wäre uns ein Grund gegeben, diesem Etat unsere Zustimmung nicht zu geben. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung. Diese Regierung ist genau so wie alle anderen in Deutschland das ausführende Organ der kapitalistischen Gesellschaft (Abg. Heurich: Mehr haben Sie nicht zu sagen!?). Diese Regierung hat die Aufgabe, den kapitalistischen Staat aufrechtzuerhalten und fortzuführen. Wir haben kein Interesse daran, daß dieser kapitalistische Staat weiterhin besteht. Da möchte ich schon sagen, an diesem sogenannten neuen Staat, von dem heute früh schon der Abg. Rückert gesprochen hat, sehen wir nicht besonders viel Neues. Es ist der alte Staat, nur die Firma hat gewechselt. Die Einrichtungen sind da und dort mit schwarz-rot-goldner Farbe gestrichen worden, das ist alles, was sich an diesem neuen Staat geändert hat (Zuruf: Sonst gar nichts?). Alles andere ist alt geblieben (Zuruf beim Zentrum: Vergriffenes Schlagwort!). Ich habe in früheren Zeiten in der Arbeiterbewegung schon gelernt, daß nicht die Staatsform das Wesentliche des Staates darstellt, sondern daß wir zu unterscheiden haben zwischen dem kapitalistischen und dem proletarischen Staat.

Wir können deshalb dem „neuen Staat" nicht unser Vertrauen schenken, dieser Regierung kein Vertrauensvotum geben. Wir sind der Meinung des Arbeiterführers Bebel, der heute früh vom Abg. Rückert zitiert worden ist, die wir gegenüber diesem Staat zum Ausdruck bringen, wie es dieser große Arbeiterführer getan hat, indem er sagte: „Ich bin der Todfeind des bürgerlichen Staates". Damit ist auch unsere Stellung zum Etat des bürgerlichen Staates zum Ausdruck gebracht. Aus diesem Grunde müssen wir den Staatsvoranschlag ablehnen, weil wir nicht die Aufgabe haben, den bürgerlichen Staat aufzubauen, den bürgerlichen Staat zu unterstützen, sondern weil wir im kommunistischen Manifest schon gelernt haben, daß die Arbeiterschaft die Aufgabe hat, den kapitalistischen Staat zu zertrümmern und den neuen Staat, den proletarischen Staat, aufzubauen, aus dem sich die kommunistische Gesellschaft entwickeln wird (Beifall bei den Kommunisten).

Die allgemeine Beratung über die Hauptabteilung II, Staatsministerium, wird geschlossen.

Die Einzelberatung wird eröffnet.

Der Präsident ruft auf Hauptabteilung II, Voranschlag des Staatsministeriums für das Rechnungsjahr 1926/27, Titel I, § 1. Hier liegt in der Drucks. Nr. 118 b II ein Antrag Ritter, Lechleiter, Schreck vor, der also lautet:

„Folgende Ausgaben sollen gestrichen werden:
Titel I § 1: Gehalt für den Staatspräsidenten 1683 RM.;
Aufwendungsgeld für den Staatspräsidenten 2400 RM."

(Präsident Dr. Baumgartner)

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt (Abg. Ritter: Das sind alles treue Diener!).

§ 1 im ganzen wird mit allen gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen der Bürgerl. Vereinigung angenommen.

Der Präsident ruft auf § 2. Hier ist einschlägig der kommunistische Antrag unter Nr. 118 b I, der lautet:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Änderung des § 52 der badischen Verfassung mit dem Ziel der Beseitigung der Staatsräte enthält."

Der Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Der Präsident teilt mit, daß er jeweils die einzelnen Paragraphen aufruft und sie für angenommen erklärt, wenn Widerspruch nicht erfolgt. Das Haus ist mit dem Verfahren einverstanden.

Der Präsident ruft auf die §§ 3, 4, 5, 6, 7 und erklärt sie für angenommen. Zu § 8 liegt ein Antrag der Abg. Ritter, Lechleiter und Schreck in Drucks. Nr. 118b II in folgendem Wortlaut vor:

„Titel I § 8: Allgemeiner Fonds für sachlichen und persönlichen Aufwand der Staatsregierung 16 000 RM. sind zu streichen."

Der Antrag wird mit 43 gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

§ 8 wird mit 43 gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel II: Gesandtschaft in Berlin, § 1. Auch hier liegt ein kommunistischer Antrag vor:

„Die Ausgaben für die Gesandtschaft in Berlin sind zu streichen."

Der Antrag wird mit 51 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident ruft auf § 1. (Zuruf: Wir beantragen getrennte Abstimmung wegen des Aufwendungsgeldes!). Es wird getrennte Abstimmung zu § 1 beantragt. Bei Position 1 Gesandter Gruppe B 2 ist diese Summe noch nicht eingesetzt, aber sie muß als solche genehmigt und eingesetzt werden, da die Stelle jetzt besetzt ist.

Die Position Gesandtschaft wird mit 43 gegen 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Die Position Aufwendungsgeld wird mit 40 gegen 3 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

Die übrigen Anforderungen in § 1 werden für angenommen erklärt.

Der Präsident ruft auf die §§ 2, 3, 4 und den ganzen Titel II.

Titel II wird mit 48 gegen 3 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel III: Beihilfen, und Titel IV und erklärt sie für angenommen.

Die Zusammenstellung wird nicht beanstandet.

Der Präsident ruft auf die Einnahmen im Staatsministerium, Titel I § 1, § 2. Widerspruch wird nicht erhoben. Die Annahme wird festgestellt.

Damit ist die Hauptabteilung II erledigt.

Zu Ziffer II der Tagesordnung der 51. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Voranschlag für die Rechnungsjahre 1926/27 und 1927, Hauptabteilung I, Badischer Landtag

erhält das Wort

Berichterstatter Abg. Freidhof (Sozdem.):

Namens des Haushaltsausschusses habe ich über Hauptabteilung I — den Voranschlag des Landtags für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 — Bericht zu erstatten. Der Etat des Landtags schließt in Ausgabe mit 557 340 RM. und in Einnahme mit 6800 RM. ab. Das bedeutet gegenüber dem Rechnungsjahre 1924/25 ein Ausgabenmehr von 270 090 RM., während die Einnahmen gegenüber dem letzten Rechnungsjahre eine Steigerung um 1810 RM. aufweisen. Von den Ausgaben entfallen 293 050 RM. auf die Auswandsentschädigung der Abgeordneten (Wachsende Unruhe — Glocke des Präsidenten), von dem Rest 115 010 RM. auf den persönlichen Aufwand, 10 000 RM. auf die Kosten für Wahlen und Volksabstimmungen, 86 000 RM. auf Druckkosten und 35 000 RM. auf sachliche Amtsunkosten.

Neu ist in dem Voranschlag des Landtags der Aufwand für das Landtagsgebäude (§ 15 des einzigen Titels); es sind hier 17 780 RM. eingestellt. Diese Position wurde seither im Voranschlag des Finanzministeriums geführt; zufolge einer Vereinbarung des Haushaltsausschusses des Landtags bei Beratung des Voranschlags (Steigende Unruhe — Glocke des Präsidenten) für die Jahre 1924 und 1925 wurde sie aber erstmals in den Voranschlag des Landtags aufgenommen.

Vom Berichterstatter wurde zunächst bemängelt, daß seit mehreren Jahren keine Repertorien zu den Amtlichen Berichten mehr erscheinen: Die Berichte sind aber nur dann von Wert, wenn auch die Möglichkeit gegeben ist, sich rasch und ohne Zeitverlust in diesen Berichten zu informieren; so, wie die Dinge jetzt liegen, ist das jedoch nicht der Fall.

Vom Präsidenten des Landtags wurde darauf hingewiesen, daß er seinen Voranschlag um 65 000 M. habe kürzen müssen. Die Zahl der Stenographen sei zu klein, weshalb auch die Zuziehung von Hilfsstenographen notwendig ist. Was die Repertorien anbelange, so dränge er seit langer Zeit auf die Fertigstellung derselben.

In der Aussprache wünschte der kommunistische Redner, daß die Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten ohne Erhöhung der Pauschale für das ganze Jahr bezahlt werden solle. Diese Regelung sei mit Rücksicht auf diejenigen Abgeordneten notwendig, die neben der Aufwandsentschädigung keinen festen Gehalt beziehen und dennoch während jener Monate, in denen sie vom Landtag nichts erhalten, für das Parlament und für die Partei tätig sein müssen.

Auch für Krankheitsfälle sei eine andere Regelung als seither notwendig.

Von sozialdemokratischer Seite wird darauf verwiesen, daß bereits jetzt schon § 2 des Diätengesetzes so auszulegen sei, daß kranken Abgeordneten die Entschädigung laufend bezahlt werden kann. Im gleichen Sinne sprach sich auch der Redner der Bürgerlichen Vereinigung aus.

Der Präsident des Landtags stellt fest, daß seither nach dem dritten Monat der Erkrankung kein Geld mehr an den betreffenden Abgeordneten ausbezahlt wurde; er werde aber in Zukunft das Gesetz nach Ansicht des Ausschusses auslegen und in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. **Freidhof** [Sozdem.])

Krankheitsfällen die Aufwandsentschädigung laufend bezahlen. Der Haushaltsausschuß erklärte sich damit einverstanden. Für die Ausbezahlung des Pauschales für das ganze Jahr an die Abgeordneten sprachen sich Vertreter der Volkspartei, der Bürgerlichen Vereinigung und der Demokraten aus, letzterer mit dem Hinweis, daß dadurch die Möglichkeit gegeben sei, den Landtag jederzeit einzuberufen; auch werde der Eindruck vermieden, daß, wenn der Landtag in einem Monat nur einige Tage beisammen sei, dies mit Rücksicht auf den Bezug der Aufwandsentschädigung geschehe. Der Vertreter des Zentrums dagegen lehnte diese Regelung ab. Die Mehrheit des Haushaltsausschusses war jedoch der Meinung, daß im Spätjahr eine andere Regelung als die seitherige getroffen werden solle.

Ein Redner der Sozialdemokratie wünschte, daß auf die entfernt wohnenden Abgeordneten mehr Rücksicht genommen werde. Dieser Wunsch wurde auch von seiten der Deutschen Volkspartei unterstützt.

Ein kommunistischer Redner wünschte für das Plenum und die Fraktionszimmer Radioverbindung einzurichten (Heiterkeit), damit die Abgeordneten Gelegenheit hätten, sich auch über die auf dem Wege des Radio verbreiteten Nachrichten so schnell als möglich zu unterrichten. Diese Anregung fand jedoch von keiner Seite Unterstützung.

Zum Schlusse sprach der Präsident des Landtags noch den Wunsch aus, es möge im Interesse der Stenographen möglichst vom Rednerpult aus gesprochen werden; ebenso solle die Korrektur im Amtlichen Stenogramm sich nur auf Hörfehler beziehen: es sei nicht zulässig, daß ein ganz neuer Bericht geliefert werde (Große Heiterkeit — Auf Zurufe:) Ja, ich gebe ja lediglich dasjenige wieder, was damals der Herr Präsident festgelegt hat; ich will niemand damit treffen. Ich gebe nur seine Darlegungen wieder (Abg. Dr. Schofer: Er wird seine Gründe gehabt haben!). Ja, ganz bestimmt.

Für die Bearbeitung eines Landtagsbuches, das die Geschichte des badischen Landtags behandeln soll, sei eine besondere Kraft eingestellt; bis auf den heutigen Tag sei ein historischer Rückblick für den Landtag nicht vorhanden. Von sozialdemokratischer Seite wird diese Maßnahme begrüßt.

In der Abstimmung wurde der Voranschlag des Landtags mit 20 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Nachträglich hat sich der Haushaltsausschuß noch einmal mit dem Voranschlag zu beschäftigen gehabt. Der Präsident des Landtags hat am 14. November 1925 an das Finanzministerium berichtet, daß er beabsichtige, einige Einstufungen von Angestellten in das Beamtenverhältnis vorzunehmen. Dem Präsidenten des Landtags ist vom Finanzministerium am 26. November 1925 geantwortet worden, daß im neuen Voranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 neue Beamtenstellen nicht angefordert werden sollen. Daraufhin hat der Präsident des Landtags diese seine geplanten Einstufungen in den Voranschlag unterlassen. Nachdem aber der Voranschlag gedruckt vorlag, sind fast in allen Ministerien Einstufungen vorgenommen worden — und im Hinblick darauf wäre es eine Benachteiligung des Landtags und seiner Angestellten gewesen, wenn nicht eine andere Regelung, als die im Voranschlag vorgesehene, stattgefunden hätte.

Der Haushaltsausschuß hat sich auch mit dem Antrag, den der Präsident des Landtags an den Haushaltsausschuß gestellt hat, beschäftigt und ist gleichfalls zu der Überzeugung gekommen, daß eine andere Regelung stattfinden solle. Die Mehrheit des Haushaltsausschusses hat sich deshalb bereit erklärt, einige Umwandlungen von Angestelltenstellen in planmäßige Beamtenstellen vorzunehmen. Es soll nämlich unter § 1 von Titel I aufgenommen werden „ein Verwaltungsassistent, Gruppe V mit 2700 M." und „2 Kanzleiassistenten, Gruppe IV 5700 M.". Dadurch erhöht sich die Zahl der Beamten gegenüber der im Staatsvoranschlag angegebenen — „9 (bisher 8) Beamte)" — auf 12 und die Summe von 48 945 RM. erhöht sich auf 57 345 RM.

Diese Erhöhung der Summe auf der einen Seite bedingt auf der andern Seite eine Weniger-Ausgabe, nämlich in § 3a: „Stellvertretung und Dienstaushilfe" mit 36 390 RM.: Diese Forderung ermäßigt sich nunmehr auf 27 990 RM.

In der Gesamtsumme tritt keine Erhöhung ein, weil die Gehaltsbezüge, die die Beamten jetzt erhalten, nur auf einen anderen Posten verbucht werden, so daß also innerhalb des Gesamtetats nur eine Verschiebung, nicht aber eine Veränderung des Ausgabenetats stattfindet.

Der Haushaltsausschuß hat einstimmig diese Einstufungen genehmigt, und namens des Haushaltsausschusses habe ich Ihnen folgenden Antrag zu unterbreiten, wie er sich auf der Drucksache „zu Nummer 118a" niedergelegt findet.

> Der Landtag wolle in Abänderung des Antrags in Drucks. Nr. 118a den Voranschlag des Landtags in Ausgabe und Einnahme genehmigen mit der Änderung, daß in Titel I § 1 einzufügen ist:
>
> 1 Verwaltungsassistent, Gruppe V 2700 RM.,
> 2 Kanzleiassistenten, Gruppe IV 5700 RM.
>
> Dadurch ändert sich die letzte Zeile des § 1 des Voranschlags in 12 (bisher 8 Beamte), Summe 57 345 RM.
>
> In § 3a „Stellvertretung und Dienstaushilfe" ermäßigt sich die Anforderung auf 27 990 RM.

Namens des Haushaltsausschusses beantrage ich also Genehmigung des Voranschlags und Annahme dieses Antrags.

Die allgemeine Beratung wird eröffnet.

Das Wort erhalten

Abg. Dr. **Wolfhard** (D. Dem. P.):

Der Herr Kollege Duffner, der der einzige Abgeordnete ist, der noch unter dem indirekten Wahlrecht in den Landtag im Jahre 1903 gekommen ist, und der in den Jahren 1905 bis 1918 ein Doppelmandat auch im Reichstag ausgeübt hat, hat gestern ein treffendes Wort gesprochen, das ich wiederholen möchte. Er hat gesagt: „Die vielen kleinen Sorgen der Wähler kommen nicht mehr in dem Umfange zur Geltung, wie sie es verlangen dürften, weil die Verhandlungen im Plenum eigentlich nur noch eine Art Sondervorstellungen sind, die mit möglichster Eile noch eine offizielle Geste darstellen." Auch die anderen Herren, die sich geäußert haben, haben in ähnlicher Weise darauf hingewiesen, daß gerade in diesem Landtag die Verhältnisse derart geworden sind, daß man in der Tat sagen kann — um einen Buchtitel von Lambach „Die Herrschaft der 500 im Reichstag" umzumünzen — sagen kann: Der Haushaltsausschuß hat gewissermaßen die Herrschaft der 21 stabiliert (Heiterkeit).

Ich stimme dem Herrn Kollegen Duffner auch darin bei, daß das Interesse an den Landtagsverhandlungen dadurch, daß die Plenarsitzungen so selten stattfinden, draußen in den weiteren Kreisen der Bevölkerung abgenommen hat, und daß das mit eine der Ursachen ist, warum die Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen eine so schlechte war. Wenn ich mich an meine Studentenzeit erinnere und daran denke, wie wir damals in den politisch interessierten Kreisen über die Reden, die im Landtag von Wacker, von Kiefer, Fieser, von Muser gehalten wurden, debattierten, so muß ich sagen, daß ich ähnlich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

Rededuelle innerhalb der politisch interessierten Jugend heute über den badischen Landtag seltener zu hören bekomme. Es ist richtig, daß die Wahlkreise gerne von ihren Abgeordneten erfahren möchten, was sie im Rondell vorgebracht haben. Heute ist durch das Proportionalwahlrecht an sich ja schon der Volksvertreter seinen Wählern viel ferner gerückt.

Dazu kommt noch die Art und Weise der Berichterstattung in den Ausschüssen, die nach der Geschäftsordnung die Angabe der Person nicht gestattet, sondern nur etwa eine Bezeichnung, daß ein Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie oder irgend einer anderen Partei gesprochen hat. Diese vorgeschriebene Anonymität der Berichterstattung macht die Lesbarkeit der Ausschußberichte zweifelsohne nicht leichter. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn der Anregung des Herrn Kollegen Duffner stattgegeben würde, daß ein wahrheitsgetreuer, lebensvoller Bericht in Zukunft auch über die Ausschußsitzungen herauskomme, so daß der aufmerksame Leser nicht mehr nur auf die Berichte, die die einzelnen Parteien, die einzelnen Fraktionen an ihre Zeitungen hinausgeben, angewiesen ist.

Wenn man neu in den Landtag hereingekommen ist und mit Überzeugung und mit Arbeitswillen in die parlamentarische Arbeit eintreten will, dann erfährt die Verwirklichung dieses parlamentarischen Ideals sehr rasch eine Ernüchterung: man merkt sehr bald, daß der Weg zu der Hauptarbeitsstätte des Landtags eben nur 21 Abgeordneten, die an der Hauptwerkstätte des Landtags sitzen (Minister des Innern Remmele: „Nur"!), nur 21 Abgeordneten gangbar ist. Der Haushaltsausschuß weiß, so wie es jetzt gerade in diesem Landtag geworden ist, allein alles, was vorgeht. Nur wer im Haushaltsausschuß ständig sitzt, kann überhaupt sagen, was im einzelnen in den betreffenden Monaten im wesentlichen vor sich gegangen ist. Die anderen Ausschüsse müssen sich lediglich von den Brosamen, die von des Reichen Tische fallen, nähren (Heiterkeit). Denn wenn der Haushaltsausschuß heute seine 119. Sitzung abgehalten hat, so muß ich dem gegenüber die mehr als bescheidene Zahl von Sitzungen, die der Rechtspflegeausschuß gehabt hat, nämlich nur 18 Sitzungen, anführen, oder die 9 Sitzungen, die der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden gehalten hat, oder gar die nur 5 Sitzungen, die der Geschäftsordnungsausschuß glücklicherweise nur abzuhalten brauchte.

Wenn wir uns die Geschäftsordnung des Reichstags und der verschiedenen Landtage ansehen, so müssen wir feststellen, daß in fast allen Ländern viel mehr Ausschüsse tätig sind. Sie wissen, daß im Reichstag 15 Ausschüsse vorhanden sind, im preußischen Landtag 14 Ausschüsse; auch andere Parlamente, insbesondere solche, die ihre Geschäftsordnung in den letzten Zeiten geändert haben, haben viel mehr Ausschüsse als wir im badischen Landtag. Auch im Reichstag ist ja ein Haushaltsausschuß; aber es ist nicht so, wie bei uns in Baden, daß alle Fragen, die eine geldliche Auswirkung haben, prinzipiell unbedingt nur durch diesen Haushaltsausschuß hindurch müssen, sondern sie haben ihre Vor- und Hauptberatung zunächst in anderen Ausschüssen, und nur, soweit die geldliche Wirkung in Frage kommt, kommen die Anträge noch einmal durch den Haushaltsausschuß in einem Nachverfahren hindurch.

Ich erkenne das Bestreben des Herrn Präsidenten durchaus an, der in mannigfachen Fragen, die auf der Grenze gestanden sind, dem Rechtspflegeausschuß Anträge und Gesuche überweisen wollte. Aber auch bei diesen Gesuchen hat sich sehr oft, auch wenn sie auf der Grenze standen, irgendein Ruf erhoben, daß diese Sache eben an den Haushaltsausschuß gehöre, trotzdem in manchen Zeitstadien dieses Landtags die Überfülle des Portefeuilles oder der Mappe — wie Sie es nennen wollen — des Vorsitzenden hier ja sattsam bekannt war.

Ich meine, es sollte gute Gepflogenheit werden, daß nicht nur die 21 Abgeordneten, die den Vorzug genießen, im Haushaltsausschuß arbeiten zu dürfen, sondern daß auch die anderen 51 Abgeordneten mit ihrer Arbeitskraft voll herangezogen werden. Es müßte meiner Ansicht nach eine Änderung der Geschäftsordnung in der Art stattfinden, daß entweder eine Vermehrung der Ausschüsse eintritt, daß zum Beispiel während der Zeit, in der der Haushaltsausschuß tagt, auch ein besonderer Ausschuß — nennen Sie ihn Beamtenausschuß, oder wie Sie wollen! — über alle die Petitionen meinethalben auch nur in eine eingehende Vorberatung tritt und dann das Resultat eben dem Haushaltsausschuß wegen der geldlichen Wirkungen vorlegt, oder in der Art, daß die Kompetenzen der einzelnen Ausschüsse anders abgegrenzt werden, so daß die Abgeordneten, die im Haushaltsausschuß sind, nicht über Gebühr beschäftigt zu werden brauchen, während man diejenigen, die nur in anderen Ausschüssen sind, so, wie es kürzlich einmal jemand getan hat, manchmal als „beschäftigte Müßiggänger" bezeichnen könnte.

Von einer Verkleinerung der Ausschüsse versprechen wir uns keinen Erfolg (Abg. Dr. Schofer: Aha!). Denn auch im alten badischen Landtag, dem der Herr Kollege Dr. Schofer ja seit dem Jahre 1905 angehört hat und der aus 73 Abgeordneten, also einem mehr bestand als der jetzige, waren bereits die Hauptausschüsse mit 17 Abgeordneten versehen, und ich sehe nicht ein, warum man nun jetzt, nachdem diese Institution sich in der Art bewährt hat, ja wohl hauptsächlich auf Kosten der kleineren Parteien eine Verkürzung herbeiführen sollte.

Meiner Ansicht nach geht es nicht an, daß, während der Haushaltsausschuß mit dem Budget und zwei großen Steuergesetzen beschäftigt ist, noch die vielen, vielen anderen Dinge während dieser Zeit mit zur Bearbeitung hereingenommen werden. Es hätte sich auch sehr wohl ermöglichen lassen, daß manche Arbeiten, zum Beispiel das gestern angenommene Gesetz über die Grunderwerb- und Zuwachssteuer, das keine geldlichen Verpflichtungen für den Staat bringt, im Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung behandelt worden wäre (Sehr richtig! bei den Demokraten). Das ist ja so zugegangen: Die 21, die im Haushaltsausschuß waren, waren über das Gesetz orientiert; wir anderen 51 waren nicht einmal im Besitze der Mustersteuerordnung, auf die in verschiedenen Punkten ja auch der Herr Kollege Dr. Föhr bei seinen Anträgen eingegangen ist, und mußten trotzdem aus diesen Verhältnissen heraus zu dem Gesetz eine Stellung nehmen (Abg. Dr. Föhr: Jede Fraktion ein Exemplar!). Ja nun, dann ist es ja sogar noch stärker, dann waren sogar die 21 nur radiziert auf einige Exemplare, so daß ich den Wunsch dann auch noch für diese aussprechen dürfte! Ich glaube, daß zum Beispiel auch der Antrag, den wir Demokraten vor einiger Zeit gestellt haben, über die Änderung des Beamtengesetzes, beim Rechtspflegeausschuß sehr gut aufgehoben gewesen wäre, und daß er dann jedenfalls nicht das Schicksal teilen würde, daß er mit auf die nächste Session übernommen werden muß, sondern daß wir ihn in aller Gemütsruhe hätten bearbeiten können.

Ich meine, der Haushaltsausschuß sollte von seinen bisherigen Kronrechten auch an die anderen Ausschüsse ein gut Teil abgeben, von der Überzeugung ausgehend, daß auch im alten Staat die Souveräne, die rechtzeitig von ihren Kronrechten (Heiterkeit), ich erinnere zum Beispiel an das direkte Wahlrecht, abgegeben haben, in der Geschichte eine viel bessere Kritik

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Wolfhard [D. Dem. P.])

erhalten haben als diejenigen, die bis zum letzten Augenblick geglaubt haben, daß die Kronrechte nur bei ihnen allein gut aufgehoben sind (Erneute Heiterkeit).

Meiner Ansicht nach hat das badische Parlament auch in der Art, wenigstens in der letzten Zeit möchte ich sagen, etwas versagt, und eine gewisse Enttäuschung ist bei dem einen oder anderen Abgeordneten aufgekommen, daß man sich nicht genügend an Ort und Stelle über die einschlägigen Verhältnisse orientieren kann. Ich habe es dem Bayerischen Landtag nachgerühmt, daß er im vorigen Jahre, im Jahre 1925, in seine entlegensten Gebiete, in den Bayerischen Wald, gegangen ist und sich dort an Ort und Stelle gründlichst mit den einzelnen Bürgermeistern, mit den Bezirksamtmännern und mit den anderen Organisationen und mit den anderen Bürgern, die dort waren, ausgesprochen hat. Daß er zum Schlusse dann auch noch eine Fahrt in die sonnige Pfalz daran angeschlossen hat, nehme ich ihm nicht übel. Ich nehme an, daß auch wir in Baden, wenn man solche abgelegenen Gegenden besuchen würde, auch einen Schlußpunkt ähnlicher Art finden würden, der ähnlich sonnig ausklingen würde. Ich möchte zum Beispiel darauf hinweisen, daß das Zollausschlußgebiet bei Jestetten, das in einer Kurzen Anfrage kürzlich wegen eines Gesuches behandelt worden ist, durchaus einen solchen Vorzug verdienen würde. Die Leute in Jestetten und an anderen Orten, die ringsum von Schweizergebiet umgeben sind, haben auch im Haushaltsausschuß durch ein Gesuch, das kürzlich erörtert worden ist, eine gewisse Rolle gespielt. Ich meine, es wäre schon gut, wenn man die Beschwerden der Leute einmal an Ort und Stelle nachprüfen würde. Es könnte nichts schaden, wenn nicht der überlastete und vielbeschäftigte Haushaltsausschuß, sondern gerade in den Zeiten, wo die anderen Ausschüsse wenig oder nichts zu tun haben, Teile dieser Ausschüsse in diese Gegend kämen, und es würde so manches dann ganz anders aussehen und sich ausnehmen, als es vom grünen Tisch aus geschehen kann. Es könnte damit z. B. ein Besuch der Kinderstadt Heuberg vorgenommen werden, die vielen der Kollegen doch nicht so bekannt ist, wie sie es eigentlich verdiente. Viele sprechen noch von einem Barackenlager, was aber eine durchaus falsche Vorstellung erweckt. Die Stadt da droben, der ich soeben den Namen Kinderstadt gab, ist in der Tat eine Einrichtung, auf die unser badisches Land stolz sein kann!

Ich will nur darauf hinweisen, daß es doch besser ist, über Wasserkräfte und Dampfkräfte dann zu sprechen, wenn man die Werke am Oberrhein gesehen hat, wenn man insbesondere auch eine Gelegenheit gehabt hat, die Gegend zu sehen, in die das künftige Schluchseewerk kommen soll. Ich weiß ja nicht, ob ich mich da täusche. Es wurde ja auch vor einiger Zeit gesagt, daß bei Vollendung des Schwarzenbachwerks, das ja in der Tat eine Kulturtat ist, der Landtag auch Gelegenheit haben würde, diesen Schlußstein ebenfalls kennenzulernen, weil es zweifellos eine Bereicherung für alle Abgeordneten wäre.

Der Herr Finanzminister war ja auch so liebenswürdig, als die Besichtigung des Kaliwerks Buggingen zur Sprache kam, auch den übrigen Abgeordneten, den 51, die nicht dem Haushaltsausschuß angehören, im Herbst in Aussicht zu stellen, daß auch sie nach Buggingen dürfen, um auch dort die Werke und Werke, die sich dort vorfinden, kennenzulernen. Ich bin der Meinung auch aus meiner Praxis als Richter, daß ein Kollegium, das sich durch Augenschein überzeugt, viel sachkundiger ist als jemand, der nur von dem beschränkten Gesichtsfeld des einzelnen Beratungsraumes zu diesen Fragen Stellung nehmen muß.

Es ist ja auch schon von verschiedenen Kollegen heute — auch der Herr Berichterstatter hat es erwähnt — darauf hingewiesen worden, daß eine Abänderung unserer Diätenordnung dringend notwendig ist. Wir haben in diesem Landtag im November und Dezember an 4 Tagen getagt, im Januar an 3 Tagen, im Februar an 5, im März an 6, im April und Mai je an 2 Tagen, im Juni an 3 Tagen. Ich bin nun der Meinung, daß die Sitzungen im April und Mai zum mindesten mit solchen Verhandlungsgegenständen ausgefüllt waren, daß sie von einem Monat sich gut auf den anderen Monat hätten verschieben lassen. Sie sind aber nicht verschoben worden, weil die leidige Diätenfrage damit im Zusammenhang steht. Ich bin der Meinung, auch die Bedeutung dieser Beratungsgegenstände war nicht so groß, daß man im Mai und April je diese zwei Sitzungen abhalten mußte, um dann im August zu sagen, man habe kein Geld mehr, um die Diäten bezahlen zu können, damit die wichtigste Aufgabe des Landtags, das Budget, eben wenn es erforderlich wird, auch noch im August erledigt werde.

Ich glaube, es ist dringend notwendig, daß wir — wie das von verschiedenen Vorrednern schon erwähnt wurde — die Frage einmal von dem wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachten. Ich halte die Arbeit des Landtagsabgeordneten als nicht dadurch erschöpft, wenn er in Kommissionen arbeitet und in Plenarsitzungen seine Pflicht tut, sondern ich bin der Meinung, daß ein Abgeordneter eben das ganze Jahr an dieser Aufgabe und an sich arbeiten müßte, und daß es deshalb zweckentsprechender wäre, wenn die Diäten — das betone ich ausdrücklich — dieselben Diäten — damit es nicht ins Land hinausgeht, daß ein demokratischer Redner gesagt habe, es müßten auch für die anderen Monate Diäten bezahlt werden, und daß dann der Landtag noch mehr kosten würde —, sondern daß die 9 × 360 M., wie für die auswärts Wohnenden das Diätenaversum beträgt, das sind 3240 M., auf die vollen 12 Monate verteilt werden, das würde dann im Monat je 270 M. ausmachen, ebenso für die Karlsruher für die 9 × 240 M., das sind 2160 M., anfallen, die dann in jedem Monat 180 M. bekämen. Das hätte dann den Vorteil, daß der Präsident je nach Arbeitsstoff Sitzungen ansetzen oder sie ausfallen lassen kann, ohne daß budgetäre Gründe mitsprechen würden. Es würde dann auch nicht mehr die Frage bei irgend einer Gesetzesvorlage auftauchen, ob man überhaupt im August noch tagen kann, oder ob man im September und Oktober wieder tagen will. Also keine Erhöhung der Diäten, sondern der Umschlag der heute bestehenden Diäten auf das ganze Jahr hin. Ich weiß, daß ein gewisser Widerstand gegen diese Regelung bei der größten Partei besteht. Nun, da ich aber weiß, daß gerade in dieser Partei auch großer Sinn für die sozialen Schwierigkeiten, in die auch heute die einzelnen Landtagsabgeordneten kommen können, vorhanden ist, so möchte ich diese Seite besonders betonen.

Die Arbeitslosigkeit macht nicht vor diesem Hause halt, sondern es sind auch eine Reihe von Kollegen in diesem Hause, die diesem Gespenst zum Opfer gefallen sind. Ich glaube, daß es diesem sozialen Sinne entsprechen würde, daß die Sicherstellung auch derer gegeben ist, die von dem eigentlichen Erwerbsstrom heute ausgeschlossen sind, so daß sie ihren parlamentarischen Arbeiten nicht sorgloser, aber mindestens sorgenfreier nachgehen würden, wenn wir das Diätenaversum über das ganze Jahr verteilen würden. Lassen Sie sich im Vertrauensmännerausschuß, den der Herr Präsident ja nach der Generaldiskussion nochmals zusammenzurufen versprochen hat, diese Frage wegen der Diäten durch den Kopf gehen. Es ist wirklich nicht eine irgendwie prinzipiell wichtige Frage, es wird aber die Sorge von manchem Kollegen nehmen, der nun im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Wolfhard [D. Dem. P.])

August, September, Oktober unter Umständen ohne diesen Diätenbezug und ohne jede sonstigen Einkünfte ist. Die Lage dieser Kollegen würde zweifellos in finanzieller Beziehung gebessert, wenn Sie möglichst bald an eine Änderung dieser Diätenordnung herangehen, die, wie gesagt, keine politische Frage ist, aber für die uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit des badischen Landtags von großem Vorteil wäre. Denn das wird mir ja jeder zugeben müssen, es könnte dann nicht mehr die Frage sein, daß es heißt: Ja, damals im vorigen Jahre ist das Lehrerbildungsgesetz im September gekommen, das hat so und soviel mehr gekostet, wenn die Gelddecke über das ganze Jahr ausgebreitet werden würde, und wenn wir dann eine Vorlage Ende Januar oder Anfang Dezember oder Ende September erledigen könnten.

Nun noch zu einem dritten Punkt. Wir sind ausgangs letzter Woche von der Nachricht überrascht worden, daß der Vertrauensmännerausschuß beschlossen hat, daß bis Ende Juli das Budget zu erledigen ist, d. h. daß in etwa 8 oder 10 Tagen die Gesamtsumme der Arbeit, die der Haushaltsausschuß in etwa 70 Sitzungen erledigt hat, ihrem Ende entgegengehen müsse, und es wurde ausgemacht, daß eine Generaldiskussion nur zu Beginn der Haushaltsberatungen stattfinden könne, und daß weitere Generaldiskussionen über die einzelnen Ministerien, über die einzelnen Abteilungen des Budgets nicht beliebt werden. Ich halte diese Kontingentierung für eine sehr schwere Gefahr für unser parlamentarisches Leben. Wenn der Haushaltsausschuß, der doch die gewiegtesten Kenner und tüchtigsten Praktiker in seinen Reihen hat, solange Zeit zur Fertigstellung und Durchberatung des Haushalts gehabt hat, dann sollte man auch den dii minorum gentium die Gelegenheit und die Zeit geben, daß sie mit gutem Willen an diese Aufgabe herangehen können, und daß sie nicht von der Peitsche der Kontingentierung getroffen unter die Zwangspeitsche des Minutenablaufs gestellt werden können.

Ich bin der Meinung, daß es ungeheuer schwer ist, wenn man sich den Anordnungen des Herrn Präsidenten fügen will, bei den einzelnen Ministerien eine Rede mit allgemeinen größeren Gesichtspunkten durchzuarbeiten und vorzutragen, wenn das immer bei den einzelnen Positionen geschehen muß. Ich vertraue zwar der Amtsführung des Herrn Präsidenten, daß er da nicht kleinlich sein wird, und doch ist es bei der Ausarbeitung einer solcher Rede, wenn man sich den Kopf zerbrechen muß, wieviel Zeit darfst Du auf diesen oder jenen Punkt verwenden, an sich zweifellos für die Arbeit des einzelnen Abgeordneten nicht von Vorteil.

Auf der andern Seite bin ich der Meinung, es geht nicht an, wenn kontingentiert wird je nach der Größe der Fraktion und eine solche Zwangskontingentierung ungleicher Art herauskommt. Am letzten Ende wollen wir alle, auch die kleinsten Fraktionen, den gesamten Staatshaushalt in der nächsten Zeit mit Ernst beraten. Wenn man die Maxime aufstellt, daß die größte Partei zunächst 3 Stunden reden darf und die Kommunisten als die kleinste Gruppe 1 Stunde, so ist das m. E. ein Kampf, der nicht mit gleichen Waffen geführt ist. Ich glaube, daß Sie dasselbe Ziel erreichen würden, insbesondere wenn die Hitze, die ja nun Gott sei Dank gebrochen ist, angehalten hätte, jeder Abgeordnete, und nachdem er sachlich das Wichtigste, das ihn bedrückt hat, gesagt hat, gerne in die Ferien gehe. Das will ich ruhig sagen, so angenehm ist der Sommeraufenthalt in dem Rondell in Karlsruhe nicht, daß sich nicht jeder in sein Heim oder nach der Wohnstätte, die er sich für die Ferien ausgedacht hat, zurückziehen möchte. Aber vor dem, was der Abgeordnete sich an Bequemlichkeit leisten darf, kommt das Volksganze und ich glaube, das badische Volk würde es in seiner Gesamtheit nicht verstehen, wenn diese Kontingentierung in scharfer Form vorgenommen wird, daß es so ist, daß man sagt, auf die Minute, die dem einzelnen zugemessen ist, darf gesprochen werden.

Ich erinnere an ein witziges Wort eines alten Mannheimer Richters, der eine gute Lehre von einem Mitglied der ausgestorbenen Gilde der Mannheimer Sackträger erhalten hat, als er als junger Referendär auf der Strafabteilung in Mannheim einem Sackträger, der ein Berufsdelikt, etwa einen Diebstahl, eine Körperverletzung oder sonst etwas begangen hatte, vernahm. Er hatte anscheinend ein anderes wichtiges Geschäft außer der Vernehmung des Häftlings vor sich und ermahnte den Häftling, er solle doch zur Sache kommen und nicht glauben, daß er Zeit für diese dummen Redereien hätte. Da ist der Sackträger breitspurig vor ihn hingetreten und hat gesagt, „sind Sie so gut und hören Sie mich an, wenn ich nicht wäre, brauchte man Sie nicht" (Heiterkeit). Das hat der Mann als Lebenswahrheit genommen und ist ein ausgezeichneter Richter geworden. Ich meine, es sollte im Badischen Landtag die Meinung aufkommen, daß man den anderen 51 Abgeordneten, die auch mit Fleiß bei der Sache sind, Gelegenheit gibt, daß sie für die Wünsche ihrer Wahlkreise und für diejenigen Ideen, die sie für wichtig genug halten, beim Budget einzutreten in der Lage sind in einem Zeitraum, der nicht unter die Peitsche des Minutenablaufes gestellt ist. Das ist ein dem Badischen Landtag fremdes Moment. Es kann zwar darauf hingewiesen werden, daß der Reichstag im März dasselbe gemacht hat, allerdings ist da der Zweck ein anderer gewesen. Der Reichstag hat gesagt, ich will das Budget endlich einmal rechtzeitig vor Beginn der Budgetperiode fertigstellen, das ist ihm am 31. März gelungen. Dieser Grund kann für uns nicht angeführt werden, wir plätschern munter im vierten Monat des Budgetjahres, so daß es auf ein paar Tage mehr oder weniger nicht ankommen dürfte. Ich bin der Meinung, daß auch in den früheren Jahren, insbesondere in den Jahren nach der Revolution die Landboten auch nur zweimal überhaupt im Juli in die Ferien gekommen sind. Im Jahre 1919 ist der Landtag am 1. August in die Ferien gegangen, im Jahre 1922 ist es das erstemal gewesen, daß der Landtag am 28. Juli schloß, nachdem er vom 2. März bis zum 13. Juli den Staatsvoranschlag beraten hat. Im Jahre 1920 ist der Landtag am 5. August geschlossen worden, nachdem der Etat vom 6. Mai bis zum 28. Juni beraten war, und im Jahre 1924 schloß der Landtag, nachdem mindestens 2½ Wochen Zeit für die Budgetberatung vom 21. Juli ab gewährt wurde, am 8. August. Der Vollständigkeit halber möchte ich sagen, daß am 20. Juli 1923, der Landtag, als er kein Budget zu beraten hatte, in die Ferien geschickt wurde.

Ich bin der Meinung, daß Sie im Vertrauensmännerausschuß diese Fragen ruhig und unvoreingenommen, wie man von den Führern des Landtages, die im Vertrauensmännerausschuß zusammen sind, erwarten kann, noch einmal beraten sollten. Sie sollten mithelfen, daß das neue Diätenreglement für das ganze Jahr mit sofortiger Wirkung geändert wird, daß der Präsident die Tagungen ansetzen kann, wie die Beratungsgegenstände es verlangen, ob es Ende August oder Anfang September oder Oktober ist, das ist einerlei. Wir sollten nach den Ferien darangehen, daß entweder die Zahl der Ausschüsse irgendwie verändert würde oder eine Abgrenzung der Kompetenz zwischen den einzelnen Ausschüssen in der Weise erfolgt, daß in beiden ein erträgliches Nebeneinanderarbeiten und Nebeneinanderwirken möglich ist. Hier liegt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

derselbe Fall eines positiven Kompetenzkonfliktes vor, was es bei den Juristen und Verwaltungsbeamten selten gibt.

Wir haben in der letzten Sitzung des Rechtspflegeausschusses einmütig auf meine Anregung beschlossen, daß man dem Rechtspflegeausschuß mehr Arbeit geben soll und insbesondere die Grenzgebiete, die sowohl nach der einen, wie nach der anderen Seite hinübergehen, in einer Zeit wie der jetzigen, wo der Haushaltsausschuß überlastet ist, dem Rechtspflegeausschuß oder einem andern Ausschuß überweisen sollte. Sie sollten alle mithelfen, daß der Arbeitsstoff in dieser Art verteilt wird. Wenn Sie da mithelfen, wird zweifellos die Bedeutung des Badischen Landtages und die Bedeutung der Plenarsitzung im Volke draußen wieder so sein, wie sie es verdient.

Schließen möchte ich mit dem Dank an die Beamten des Landtages, die in dieser schwierigen Zeit und in der Hitzewelle Außerordentliches geleistet haben (Beifall).

Abg. **Weißmann** (Sozdem.):

Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat soeben in glücklicher Weise die Wünsche und Beschwerden der 51 Meuternden zusammengefaßt gegen die anderen 21, die im Besitze der Macht des Landtags und des Haushaltsausschusses sind; es muß schon sehr weit gekommen sein, wenn eine derartige Aussprache so öffentlich gepflogen wird, wie wir sie eben gehört haben. Es ist schon bei der politischen Aussprache notwendig gewesen, daß die einzelnen Parteiführer mehr oder minder sich mit diesen Maßnahmen beschäftigt haben. Wenn sie hier beim Budget Landtag wiederholt wird, kann man sagen, es ist zweifellos wichtig, notwendig und für den Vertrauensmännerausschuß ohne weiteres angebracht, nach dem Rechten zu sehen. Allein, ich bin hier skeptisch, ich höre die Botschaft wohl, mir fehlt jedoch der Glaube, der Glaube daran, daß doch entschiedene Maßnahmen getroffen werden, daß die Dinge etwas anders werden. Wenn der Haushaltsausschuß von seinen Rechten etwas abgibt, kann Abhilfe geschaffen werden, dann wird es möglich sein, das Ziel zu erreichen, etwas früher den Landtag schließen zu können. Allesamt sind wir vielleicht etwas selbst schuld daran, da wir im November und Dezember zu wenig arbeiten, das, was wir da leisten, sind immerhin nur einige Sitzungen, es ist nicht das, was möglich wäre. Im Januar beginnt dann die Arbeit und dann sehen wir, daß wir nicht fertig werden. Ich habe gewiß nicht die Aufgabe, mich näher darüber auszulassen, inwieweit wir daran schuld sind, aber das eine möchte ich sagen, daß nicht außer acht gelassen werden soll, daß, wenn drei große Vorlagen beraten werden, die Lehrerbildungsvorlage, die Grund- und Gewerbesteuer, die Gebäudesondersteuer und dann noch der große Staatsvoranschlag mit seinen unendlich vielen Positionen, daß sich dann notwendigerweise die Arbeit des Landtags auf die letzten Wochen zusammendrängt und es kaum möglich ist, mit den Beratungen fertig zu werden. Wenn man darauf hinweist, daß der Württembergische Landtag geschlossen ist, daß der Bayerische Landtag geschlossen ist, daß der Reichstag geschlossen ist, daß in Deutschland kein Parlament tagt, darf auch darauf hingewiesen werden, daß der Preußische Landtag am 27. September wieder zusammentritt, daß der Reichstag im Oktober wieder zusammentritt und daß andere Parlamente früher zusammentreten, als es beim Badischen Landtag der Fall ist.

Eine Bemerkung zu den Arbeiten des Rechtspflegeausschusses! Ich gehöre ihm an und habe die Arbeiten verfolgt, die ihm in der letzten Session übertragen worden sind. Ich habe sie dort bezeichnen müssen: „als weniger wichtig." Wir haben Vorlagen gehabt, die zum Teil geringfügiger Natur sind, eine größere Vorlage überhaupt nicht, und es ist ganz klar, daß die Mitglieder des Rechtspflegeausschusses mehr Arbeit, mehr Beschäftigung wünschen, es sollte nicht alles dem Haushaltsausschuß überwiesen werden. Das ist ein Fehler, und dieser Fehler muß korrigiert werden.

Aber ich habe mich noch zu etwas anderem zum Wort gemeldet, das ist die Frage, die ich einmal kurz erörtern möchte: Wie ist das Echo der Reden der Abgeordneten draußen im Lande, bei der Presse und in den Zeitungen? Zuvor möchte ich eine andere Bemerkung machen in bezug auf das Handbuch, respektive auf die Arbeiten, die gemacht werden sollen, die der Landtag vornehmen will. Der Berichterstatter Freidhof hat darauf hingewiesen, daß ein solches Handbuch für den Landtag in Vorbereitung ist; wäre es dies nicht, so würde ich mir erlauben, hier diese Anregung zu geben. Es gibt Zeitungsleser, die ein Interesse am Landtag haben, und es gibt Tribünenbesucher, für die dasselbe zutrifft. Sie sind aber im Unklaren darüber, wie ist der Landtag parteipolitisch zusammengesetzt. Manche Zeitungen bringen „Abg. Soundso" und lassen die Parteibezeichnung weg. Es ist mir schon verschiedenfach bei Versammlungen die Bitte unterbreitet worden, doch bei der Position Landtag und beim Landtagspräsidenten anzuregen, eine Geschichte des Landtags, einen sog. Almanach anzufertigen, dem Landtag und den Landtagsmitgliedern zu übergeben und auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ich habe hier das Handbuch für die badische Nationalversammlung, das im Jahre 1919 von Dr. Arthur Blaustein in Mannheim herausgegeben und damals begründet wurde. Man kann nicht behaupten, daß diese Bücher unter allen Umständen schwer Absatz finden würden, denn es wird mitgeteilt, daß 4 Auflagen gedruckt werden mußten, so daß man zweifellos immerhin einiges Interesse für die badische Nationalversammlung hatte. Seit dieser Zeit ist nichts erschienen. Was wir heute noch in Händen haben ist das Handbuch von Thorbecke & Roth, das im Jahre 1907 herausgegeben, aber nun veraltet ist. Ich meine, diesem Wunsch könnte Rechnung getragen werden.

Es ist notwendig, daß man weiß, wo der einzelne Abgeordnete gewählt wurde. Es ist dies auch notwendig für solche Leute, die sich über die Landtagsarbeiten informieren wollen. Wir müssen uns klar sein, daß wenn wir im Oktober vorigen Jahres eine so ungeheuer geringe Wahlbeteiligung hatten, von nur etwa 53 Proz., die zur Wahl gekommen sind, wir vielleicht auch Schuld daran tragen, oder wenigstens der Umstand, daß von den öffentlichen Verhandlungen des Landtages so wenig in das Volk hinauskommt, was auch der Kollege Duffner beklagt hat.

Nun gestatten Sie mir, zu diesem Punkte überzugehen, den ich im Auge hatte, als ich das Wort nahm. Am vorigen Freitag lief eine längere Notiz durch die Zentrumspresse, in welcher man sich damit beschäftigte, der Landtag, bezw. der Vertrauensmännerausschuß habe beschlossen, den Landtag am 30. oder 31. Juli zu schließen. Ich will nur einen Passus daraus vorlesen: da hieß es:

> „Die Abgeordneten mögen sich zu Tode reden, wenn ihre Arbeiten und Reden nicht unter das Volk kommen, wenn das Volk wohl an seinen eigenen Taschen merkt, daß es hohe Ausgaben zu tragen hat, wenn ihm aber

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißmann** [Sozdem.])

nicht gesagt wird, wofür und warum. So darf es uns nicht wundern, wenn die Staatsverdrossenheit immer mehr anwächst."

Man braucht das nicht in allen Konsequenzen gutheißen, aber es muß zugestanden werden, es liegt hier ein Stück Wahrheit, und es ist das, was ich sage und wofür ich eintrete in der Öffentlichkeit, mehr den einzelnen Lesern der Zeitungen und den Wählern mitzuteilen. Im Jahre 1920 bereits habe ich im Haushaltsausschuß angeregt, amtliche Berichterstattung über die Ausschüsse einzuführen. Der Herr Abg. Dr. Glockner, den wir alle schätzen — das ist längst bekannt, das brauche ich hier nicht zu wiederholen — wegen seiner großen Gewissenhaftigkeit und wegen seiner großen Kenntnis des Budgets und der ganzen Landtagsarbeit, der aber in Bezug auf die Presse nicht so eingestellt ist, wie ich es mir oft gewünscht habe, er sagte damals: „Was, amtliche Berichterstattung, das gibt es nicht, die brauchen wir nicht!" Ich habe mich damit beschieden, als ein kleiner Herr gegenüber dem großen Herrn Dr. Glockner, aber ich habe mir doch gesagt, die Zeit wird kommen, wo ich vielleicht Recht bekomme und nicht Herr Abg. Dr. Glockner (Abg. Glockner: Wir wollen sehen, wenn wir die Amtliche Berichterstattung haben!). Lassen Sie mich nur ausreden, Herr Präsident! Ich werde schon feststellen, daß nach meiner Auffassung diese Amtliche Berichterstattung, wie sie der Herr Abg. Duffner verlangt hat, heute gar nicht einmal mehr notwendig ist, und zwar darf man das auf das Konto der Sozialdemokratischen Partei stellen. Ohne jede Überhebung sei es gesagt, daß wir 1919 angefangen haben, über die Ausschüsse des ausführlichen zu berichten. Und nun ist es doch in Baden so: alle guten Dinge, die eine andere Partei macht, macht das Zentrum nach (Heiterkeit!). So hat es nicht lange gedauert, daß auch die Zentrumspresse ganz ausführliche Berichte von ihren Abgeordneten brachte. Es waren jahrelang nur diese beiden Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, die Berichte über die Ausschüsse verfertigt haben. Schließlich ist seit November 1925 auch die Deutsche Volkspartei dazu übergegangen und hat die Berichterstattung über die Ausschüsse des ausführlichen aufgenommen. Wie dann die Herren Abg. Scheel und Dees, die der demokratischen Presse angehören, gekommen sind, ist auch die demokratische Presse mit Ausschußberichten versorgt worden. So haben wir zu verzeichnen, daß heute die Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie über die Ausschüsse berichten. Ich glaube daher, eine Amtl. Berichterstattung ist gar nicht mehr notwendig, und dann auch Herr Kollege Dr. Glockner, ist doch bekannt, daß, wenn es amtlich geht, die Geschichte zu lang dauert. Bei der Journalistik muß man schnell arbeiten. Aber amtlich dauert die Geschichte zu lange; es ist bereits gesagt, daß die amtlichen stenographischen Berichte zu lange dauern, bis wir sie kriegen. Nebenbei will ich bemerken, daß die Amtl. Berichterstattung daran nicht Schuld trägt; es soll Abgeordnete geben im Badischen Landtag, die ganz getrost Stenogramme, wenn sie ihnen vorgelegt werden, in die Rocktasche stecken, damit nach Hause fahren, und wenn sie einmal wieder einen anderen Rock anziehen, sich daran erinnern, daß sie ein Stenogramm eingesteckt haben. Es muß dann erst reklamiert werden, und erst dann kann der stenographische Bericht gedruckt werden. Ich glaube, eine Amtliche Berichterstattung würde uns für die Ausschüsse nicht viel nützen. Aber die Bemerkung habe ich im Haushaltsausschuß auch gemacht, daß man geneigt ist, zuviel für vertraulich zu erklären. Ich bestreite nicht, daß es vom wirtschaftlichen Standpunkt, vom parteitaktischen Standpunkt, vom politischen Standpunkt aus notwendig ist, daß man nicht alles in die Öffentlichkeit trägt. Das geht bei keinem Parlament. Aber es ist doch auch bekannt, daß es Abgeordnete gibt — ich will keinen Namen nennen —, die gerne die Vertraulichkeit wünschen. Ich möchte meinen, es ist gut, wenn man der Öffentlichkeit einiges Vertrauen schenkt und dadurch die Wähler erzieht zur Beteiligung an den Interessen des Staates.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich zu den öffentlichen Sitzungen übergehe. Es ist typisch, daß wir in der Zeitungswelt (Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Herr Prälat Dr. Schofer, Sie sind ja nach mir gemeldet (Abg. Dr. Schofer: Ich will mit Ihnen nichts, ich werde mich hüten, mit Ihnen Krach zu machen!). Herr Prälat, ich will nicht persönlich werden, den Abg. Weißmann fürchten Sie nicht, aber den Journalisten Weißmann so ein ganz klein wenig (Heiterkeit).

Und nun zu der Frage zur Berichterstattung über die öffentlichen Sitzungen. Da bemerken wir auch, daß eine gewisse Besserung eingetreten ist. Aber wir sehen doch folgendes Interessante: die Telegraphenunion und das Wolfbüro geben nicht nur einen Bericht heraus über die Landtagsverhandlungen, sondern zwei Berichte, und zwar einen großen und einen kleinen. Es ist nun eine ganz seltsame Erscheinung — leider muß man das sagen —, daß die großen Berichte weit weniger abgedruckt werden als die kleinen, daß die Zeitungen sagen: Ja, uns ist der kleine Landtagsbericht lieber. So finden wir in den kleinen Zeitungen der Provinzpresse oft sehr wenig über den Landtag mitgeteilt. Das ist ein Fehler. Überhaupt, wenn man die Verbreitung der Reden der einzelnen Abgeordneten in den Zeitungen einigermaßen mustert, so kommt man zu seltsamen Resultaten. Die kommunistischen Reden werden nur in einer Zeitung verbreitet, in der Mannheimer Arbeiterzeitung, in, wie das Statistische Landesamt im Jahre 1924 festgestellt hat, etwa 2½ Tausend Auflagen. Die Zentrumszeitungen sind 40 an der Zahl. Diese 40fache Verbreitung ist natürlich ein wesentlich größerer politischer Vorteil. Wenn man es also persönlich nehmen wollte, möchte ich sagen: Die Reden des Abg. Bock und des Abg. Dr. Schofer, um zwei prägnante Personen herauszuheben (Heiterkeit), finden in der Aufmachung der Presse respektive in der Verbreitung der Reden durch die Presse eine ganz verschiedene Wertung. Das Zentrum hat nach dieser Richtung hin einen Vorteil. Glücklicherweise kommt ihm aber die Sozialdemokratie gleich nach. Die Sozialdemokratie marschiert gewiß nur mit sechs Zeitungen auf, aber sie hat doch eine Leserzahl von 70 bis 80 Tausend. Dann kommen die Demokraten! Die Demokraten haben eine ganz eigenartige Zeitungswelt. Sie haben die „Neue Badische", sie haben die „Oberländer Zeitung", sie haben den Oberrheinischen Beobachter usw. und einige große Organe, aber sie haben auch sehr viele kleine Organe. Die kleinen Organe der Demokraten bringen die Berichte aber nicht so stark als die großen (Zuruf bei den Demokraten: Ich wollte, es wäre so!). Nach der Richtung also dürfen wir sagen, daß die Leser über die eigentlichen Verhältnisse im Landtag ganz verschieden orientiert sind. Dann treffen wir jetzt immer seltener, was früher der Fall war, nämlich, daß die Reden der einzelnen Abgeordneten wörtlich abgedruckt werden. Ich kenne im Landtag nur einen einzigen, glücklichen Kollegen, der seine Reden immer wörtlich abgedruckt findet. Das ist der Herr Abg. Weißhaupt. Die Reden des Herrn Abg. Weißhaupt werden im „Pfullendorfer Anzeiger" immer wörtlich abgedruckt. Es wäre also für die Betrachtung der Dinge von Wichtigkeit, wenn durch unsere Reden die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißmann** [Sozdem.])

Öffentlichkeit interessiert würde. Das bietet manches, das des Beachtens wert ist.

Nun noch etwas, und das ist folgendes: Wir haben in Baden 151 Zeitungen. Von diesen 151 Zeitungen sind rund 100 politisch eingestellt; wir haben aber immer noch 51 unparteiische Zeitungen, die gar keiner Partei dienen wollen (Hört! Hört!). Es steht uns gar nicht zu, darüber irgend welches Urteil zu fällen. Als Zeitungsmensch muß ich natürlich sagen, daß ich diese Unparteilichkeit außerordentlich beklage, weil es unparteiische Zeitungen nicht gibt. Das ist einfach unmöglich, genau wie es auch unpolitische Menschen nicht gibt (Sehr gut!). Diese 51 unparteiischen Zeitungen haben in Baden noch eine Leserzahl von 195 000. Sie werden zugeben, daß da doch Dinge vorhanden sind, wo wir zweifellos sagen müssen, noch sehr viel ist da zu arbeiten, daß auch die Abgeordneten hier und da noch Gelegenheit nehmen können, den Zeitungen zu sagen, sie sollen die Reden besser oder mehr abdrucken und dem Parlament mehr Interesse beimessen.

Und nun noch eine Bemerkung zu der Kontingentierung der Reden! Ich habe die Zeit mitgemacht, von der der Herr Abg. Dr. Wolfhard gesprochen hat. Ich habe die Zeit mitgemacht als Journalist, wo die Abg. Obkircher und Fehrenbach, Dr. Schofer und Muser, Venedey, Frank und Kolb die Klingen gekreuzt haben (Zuruf rechts: Klingen gekreuzt!). Das war sehr interessant, interessanter als manche heutige Sitzung des Plenums. Die Dinge liegen doch nun einmal so: Wer soll denn, wenn wir in einer öffentlichen Beratung des Berichtes zu § 1, Abs. 2 usw. eintreten, an diesem Bericht Interesse haben? Das geht nicht nur uns so, das geht auch im Reichstag so. Die Tätigkeitsform des Parlamentes hat sich eben verändert. Es liegt an uns, hier Abhilfe zu schaffen. Einer meiner Parteifreunde hat neulich ganz richtig gesagt, es wäre doch sehr angebracht, wenn wir manche politische Aussprache des Haushaltsausschusses hier in das Plenum verlegen würden, die im Haushaltsausschuß verschwindet. Es hören dort doch nur 21 zu und auch die Berichte gehen nie so ausführlich hinaus. Wenn also die Kontingentierung der Reden vorgenommen wird, so möchte ich sagen, wir haben doch die Zwangswirtschaft im allgemeinen abgeschafft (Sehr richtig! links), warum wollen Sie nun die Zwangswirtschaft der Reden wieder einführen? Ich meine, nach der Richtung hin sollten auch wir versuchen, dem, was gesprochen ist, Rechnung zu tragen, und von dieser Kontingentierung abzusehen, im übrigen dem Landtag die Bedeutung zu geben, die ihm anerkannterweise zukommt (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Es war nicht meine Absicht, heute, vollends bei diesem Budgettitel, das Wort zu ergreifen. Nachdem aber eines der parlamentarisch jüngsten Mitglieder eine Rede gehalten hat, die voller Kritik, ich muß aber anerkennen, voll zunächst berechtigter Kritik gewesen ist, wird es auch mir als einem der ältesten Mitglieder zustehen, hier dazu Stellung zu nehmen. Ich bedauere an den Reden, die bis jetzt zu dem geschäftlichen Betrieb des Landtags gehalten worden sind, daß die Herren noch nicht wissen, wann man praktisch solche Reden hält. Solche Reden gehören an den Anfang des Landtags (Zuruf). Diese Reden hätten im Anfange des Landtags gehalten werden müssen. Ich wäre froh gewesen, wenn der Herr Kollege Dr. Wolfhard die Gedanken, die er heute ausgesprochen hat, an den Anfang unserer Tätigkeit gesetzt hätte. Ich war damals im Ältesten-Ausschuß, wenn bestimmte Dinge der besagten Art in die Wege geleitet werden sollten, mit meiner Fraktion immer allein geblieben. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch darauf hinweisen. Der Herr Kollege Dr. Glockner nickt mir zu, aber heute, wir zählen heute, glaube ich, den 20. Juli, sind solche Fragen nicht mehr am Platze, denn heute ist die andere Frage am Platze. Wie kommen wir endlich einmal zum Ende? (Sehr richtig!). Deswegen begrüße ich die Rede nur unter dem Gesichtspunkt, daß, wenn wieder einmal ein Landtag zusammentritt, der Herr Kollege Dr. Wolfhard Schulter an Schulter mit mir stehen wird. Das ist das Erfreuliche an seiner Rede.

Der Herr Kollege Weißmann war schon etwas zurückhaltender. Er hat aber bei der Kritik im allgemeinen auch mitgemacht. Bei ihm ist es schon weniger verzeihlich, daß er mit seiner Rede erst heute herauskommt (Zuruf links). Er hätte im Anfang mithelfen sollen, dann hätte er manches mit in die Wege leiten können.

Ich beginne mit den verschiedenen Punkten nacheinander. 1.: Schlechte Wahlbeteiligung, zurückzuführen auf diesen Gesstäftsbetrieb des Landtags, wenigstens mit auf diesen Geschäftsbetrieb, halte ich kaum für angängig, für richtig halte ich als Ursache ein Wahlsystem neben den allgemeinen Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Verdrossenheit, Krisis und all der Sachen, die wir ja alle kennen. Ein Hauptpunkt liegt in der Tat in dem Wahlsystem, in der Loslösung des Abgeordneten vom Bezirk und damit die Unmöglichkeit, in gewissem Umfange das Empfinden des Volkes, seine Schmerzen durch seine Abgeordneten zur Geltung bringen zu können. Diese Gedanken sind nicht neu. Schon vor dem Kriege im Jahr 1914 habe ich hier von diesem Platze aus im Auftrag meiner Fraktion eine Rede gehalten, — es wird den Herrn Kollegen Dr. Wolfhard interessieren, zu erfahren, welches die Kirchenväter waren, die ich gegen das Wahlsystem des Proporzes unter bestimmter Auswirkung zitiert habe —: Ich habe damals ein um das andere Mal den schwäbischen Demokratenführer Konrad Haußmann zitiert. Unter den Gründen, die uns damals bestimmt haben, dem sonst vorzüglichen und gerechten Wahlsystem des Proporzes kritisch zu begegnen, stand mit an erster Stelle dieser Punkt: daß dieses Wahlsystem durch die Listenwahl — und vollends mit seiner unabänderlichen Listenwahl — die Folge einer Loslösung des Abgeordneten von seinem Bezirk und eine Zerreißung des Bandes zeitigen werde, welches den Wähler mit dem Abgeordneten verbindet. Das ist der Hauptgrund, warum ich es auch hier in diesem Hause schon wiederholt ausgesprochen habe: Wir müssen daran gehen, durch eine gesetzgeberische Maßnahme im nächsten Landtag unter Beibehaltung des Proporzes dieses Band wieder herzustellen. Ich nehme an, daß auch die Partei des Herrn Abg. Dr. Wolfhard die Hand zu einem solchen Vorgehen bieten werde. Hier muß unbedingt sich ein Weg finden lassen; da gerade Sie innerhalb Ihrer Fraktion einen Herrn haben, der sich in diesen Dingen auskennt und der von Amts wegen eine Denkschrift über diese Materie geschrieben hat, nehme ich an, daß wir hier von Ihrer Seite eine außerordentliche technische Hilfe erfahren werden.

Wenn wir also über die geringe Beteiligung an den Wahlen reden wollen, dann müssen wir, wie ich gesagt habe, den Hauptgrund für diese Erscheinung in demjenigen Moment suchen, das ich soeben darlegte. Aus dieser Feststellung leite ich die Hoffnung ab, man werde im ganzen Hohen Hause die Hand dazu bieten, dem hier zweifellos bestehenden Übelstand zu begegnen im Interesse des Volkes und im Interesse einer

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Schofer [Zentr.])

gedeihlichen parlamentarischen Arbeit (Abg. Dr. Glockner: Es kommt ganz darauf an, wie die Sache aussieht, Herr Abg. Dr. Schofer!). Deswegen reden wir miteinander (Heiterkeit). Ich kündige ja auch nicht etwa zum Spaß ein Vorgehen an, sondern was ich ausführte, habe ich deswegen gesagt, damit die Ferien dazu benützt werden, daß die einzelnen sich einmal in den Zusammenhang der Dinge versetzen, daß sie die Fragen studieren, sie einmal gewissermaßen durchrechnen, sie durchdenken, so daß man, wenn wir wieder hier zusammenkommen, mit bestimmten fertigen und klaren Auffassungen an die Arbeit herantreten können: mit orientierten Parlamentariern ist nämlich leichter zu kutschieren als mit nicht orientierten Parlamentariern (Heiterkeit; Zuruf aus der deutschdemokratischen Fraktion, Abg. Dr. Glockner?: Ich glaubte, „Ferienaufgaben" seien verboten? — Heiterkeit). Nein, das ist ein pädagogischer Unsinn, daß man auf die Ferienaufgaben verzichtet oder daß man sie sogar verbietet! Ferien sind im Gegenteil sogar dazu da, daß der eifrige und gewissenhafte Student auch wirklich etwas treibt (Zuruf aus der Mitte; weiterer Zuruf von rechts: Selbstaufgaben sind nicht verboten!). Gewiß! So haben's uns auch unsere Lehrer gesagt! Sie haben uns ermahnt, daß wir was schaffen sollen — und ich bin froh und dankbar darum, daß sie uns das gesagt und darnach gehandelt haben (Heiterkeit). Es schadet auch dem Abgeordneten nichts, wenn er sich in den Ferien um diese wichtige Frage kümmert. So, das ist Nr. 1 (Große Heiterkeit).

Ich komme zu Nr. 2; dabei handelt es sich um die „Herrschaft der 21". Ich gehöre ja auch zu diesen 21. Schon früher aber war ich der Meinung, man solle nicht 21 für den Ausschuß einsetzen, sondern man solle eine geringere Zahl bestimmen: ich habe von 11, von 13 und höchstens von 17 gesprochen. (Auf einen Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Nein, dann wird rascher gearbeitet, je weniger Mitglieder in einem solchen Ausschusse sind, desto weniger wird gesprochen und desto rascher kommt man vorwärts. (Auf weitere Zurufe aus der deutsch-demokratischen Fraktion:) Je nun, dann können Sie gleich die Kommissionen überhaupt aufstecken und alles unmittelbar hier im Hause behandeln, dann geht es vielleicht am raschesten! Kleinere Ausschüsse! So haben es die Alten gehalten.

Nun muß man allerdings aber auch gerecht sein; man muß wissen und anerkennen, warum die Dinge so gekommen sind, daß die Angelegenheiten hauptsächlich in den Kommissionen behandelt werden. Wir haben, wie ich glaube, vom Jahre 1918 an bis auf den heutigen Tag eben doch auch eine Periode durchlebt, in der man allen Grund hatte, den Schwerpunkt der Verhandlungen nicht ins Plenum, sondern in die Ausschüsse zu verlegen: Die Gründe dafür brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Daß wir jedoch aus dieser Periode heraus sind, das wissen wir alle: Kehren wir also wieder zu den Sitten und zu der Geschäftspraxis zurück, die sich in den vorkriegszeitlichen Landtagen bewährt haben! Wir sind ja auch in manchen anderen Punkten zur alten Praxis zurückgekehrt: Kehren wir also auch in weiteren Beziehungen, namentlich in dem Teil dorthin zurück, wo eine Möglichkeit der Rückkehr auch in der Verringerung der Frequenz, der Mitgliederzahl der Kommissionen liegt.

Worin haben wir aber dann den tiefsten Grund für die Schwerfälligkeit zu suchen? Die neueste Zeit hat eine ganze Reihe neuer Parteien und Gruppen gebracht — und je kleiner solche Gruppen oder Parteien waren, desto entschiedener haben sie Wert darauf gelegt, daß nicht nur einer im Ausschuß sitze, sondern daß zwei dorthin entsendet werden (Zurufe aus der Mitte). Von der Demokratie sind bei 6 Mann akkurat 33 Proz. in den Kommissionen (Abg. Dr. Glockner: Sehen Sie doch, wieviel Proz. sind es von Ihren 28! — Weiterer Zuruf aus der demokratischen Fraktion: Bei Ihnen sind es doch 8!). Gewiß! ich sage aber dennoch: das sind immerhin noch keine 33 Proz. (Rufe: Doch!). Nein: 33 Proz. von 28 Mitgliedern wären 9 (Zuruf) — und dabei bliebe sogar noch einer übrig (Erneute lebhafte Zurufe). Rechnen Sie doch! $3 \times 9 = 27$ — und einer bleibt noch übrig (Zurufe und Äußerungen des Widerspruchs). Also da braucht man nicht einmal eine Logarithmentafel, um das auszurechnen (Heiterkeit). (Auf weitere Zurufe:) Es ist das falsch! In derjenigen Zeit, wo meine Fraktion klein war, haben die Mitglieder derjenigen Parteien, die heute selbst klein sind, eine solche Rücksicht nicht geübt: am liebsten haben sie dem Zentrum gar kein Ausschußmitglied gegeben — höchstens so viele als ihm zahlenmäßig zustanden. Seinetwegen haben sie ihre Kommissionen nicht vergrößert. Wir habens auch nicht verlangt. Das ist eine Rücksicht, die meines Erachtens zu weit geht und sich in den beklagten Erscheinungen auswirkt.

Ich glaube also, es muß hier ein Weg gefunden werden, der wieder zu einer maßvolleren Ausstattung der Kommissionen zurückführt.

Weiterhin hat man verlangt: Mehr Kommissionen! Ja freilich, Herr Kollege Dr. Wolfhard: Ich war seinerzeit der Meinung, daß eine Schulkommission eingesetzt werden solle, um die Budgetkommission, den Haushaltsausschuß vom Lehrerbildungsgesetz zu entlasten. Was aber ist mir damals gesagt worden? Es wurde mir entgegengehalten: „Ja, in diese Kommission müßten ja die Führer doch hinein und dann sitzen sie nicht mehr in der Budgetkommission, deshalb kann dann die Budgetkommission doch nicht tagen! Man kann also keine Schulkommission einrichten, weil zu wenig führende Herren in bestimmten Fraktionen sind: infolgedessen muß das Gesetz in die Budgetkommission, in den Haushaltsausschuß hinein!" Und zwar ist es gerade die Fraktion des Herrn Kollegen Dr. Wolfhard gewesen, die hier meinem Vorschlag widersprochen hat. Es war eine alte Tradition, daß die Schulgesetze immer einer Schulkommission überwiesen worden sind, die eigens gebildet wurde; ich habe damals bedauert, daß man das nicht auch hat in Bezug auf das Lehrerbildungsgesetz durchsetzen können.

Weiterhin wäre ich auch der Meinung, daß man eine Reihe von Gegenständen, die dem Haushaltsausschuß zugewiesen worden sind, dem Rechtspflegeausschuß hätte zuweisen sollen. Aber das ist ja hier verhandelt worden: Warum, Herr Kollege Dr. Wolfhard, sind Sie denn damals nicht aufgestanden, warum haben Sie damals nicht mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gesagt: „Das und das gehört in den Rechtspflegeausschuß?!" (Zuruf des Abg. Dr. Wolfhard: Ich konnte nicht damals, weil .....!). Ja das hört man schon, dann kann man das hinterher noch machen. Nachdem Sie die Tendenz einmal gemerkt hatten, hätten Sie die Rede, die Sie heute gehalten haben, nicht etwa erst am 20. Juli, sondern rechtzeitig halten sollen! (Abg. Dr. Wolfhard: Herr Kollege Dr. Schofer! Wir haben auch die Erfahrung nicht gehabt, das habe ich ausdrücklich gesagt!). Das ist alles für die Zukunft, das Zukunftsparlament!, und deshalb habe ich vorhin gesagt, die Rede komme zu spät. Ich anerkenne die Rede, die Sie heute gehalten haben, nach ihrem Inhalt vollständig; was Sie vortrugen, sind aber Dinge, sind Gedanken, die auch ich im Ältestenausschuß immer und immer geäußert habe: ich bin aber dort nicht damit durchgedrungen. Nunmehr freue

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Schofer [Zentr.])

ich mich, in der Demokratie einen Kollegen zu haben, der genau denselben Standpunkt vertritt, den ich immer rechtzeitig vertreten habe.

Dann kommt der Punkt der „Besichtigungen": Der Herr Kollege Dr. Wolfhard wünscht mehr Besichtigungen. Ich habe zu diesem Kapitel von den Besichtigungen meine eigene Meinung. Ja, wenn wirklich Besichtigungen vorgenommen, wenn wirklich bestimmte Gegenden und Teile unseres Landes und Volkes kennen gelernt werden wollen, dann ist es schon recht. Dagegen bin ich sehr vorsichtig, wenn es sich um Besichtigungen handelt, die vorgenommen werden zur — na, wie soll ich sagen? zur Einseifung und zur Gewinnung von Geldausgaben — und wie diese Dinge alle heißen mögen (Sehr richtig! beim Zentrum).

Ferner habe ich auch die Meinung: Es ist nicht am Platze, daß immer bestimmte Städte und bestimmte Gegenden das Prac der Besichtigungen haben, während beispielsweise das badische Frankenland zeitlebens noch nie eine Besichtigung erfahren hat (Abg. Gündert: Und das ist doch mit eines der schönsten Teile!). Gewiß, das ist mit einer unserer schönsten Landesteile, jawohl. „Dort hinten" finden sich noch Kunstwerke, dort ist noch ein echtes Volkstum. Dann würde ich weiter wünschen, daß — wenn Sie doch einmal hinauf gehen und sich das Schluchseewerk begucken — Sie sich auch das Elend auf dem Hotzenwald ansehen möchten (Ruf aus der Mitte: Da war ich schon zweimal!). Jawohl, ich bin auch schon oben gewesen.

Was also die Besichtigungen anbelangt, so sage ich: Ja, wenn sie bestimmten Bedürfnissen dienen! so z. B. der Orientierung, der Instruktion; auch wenn sie dem Zweck dienen sollen, der Bevölkerung zu zeigen, daß man sich um sie kümmert und ihre Verhältnisse kennen lernen will. Dagegen sind mir Besichtigungen mehr repräsentativer Natur zu solchen Zwecken, wie ich sie genannt habe, unsympathisch; sie kommen auch meistens den Staat sehr teuer zu stehen.

Nun kommt die Diätenfrage. Ich will mich hier in der breiten Öffentlichkeit über diesen Punkt nicht des weiteren äußern. Ich stand immer auf dem Standpunkt von dem alten Prinzip der Tagesdiäten, wie wir es früher auch gehabt haben. Mit der neuen Mode, die jetzt noch propagiert wird, kann ich mich nicht befreunden. Und wenn die Dinge gesagt worden wären im Jahre 1905 — wenige sind es, die noch von damals da sind —, so würde das auf der ganzen Linie einem Widerspruch begegnet sein. Wenn ich daran denke, mit welcher Zähigkeit wir die freie Fahrt und alles das haben herausholen müssen und wie die Auffassung in der ganzen Sache war, so glaube ich, sollte, statt zu dem neuen System überzugehen, eher erwogen werden, ob man nicht zu dem alten Grundsatz zurückkehren soll. Dabei bleibt durchaus diskutierbar der Gedanke, für bestimmte wirtschaftlich Schwache die Möglichkeit dadurch nicht zu verschließen, sondern Mittel und Wege zu suchen, die Möglichkeit offen zu halten. Ich glaube, ich werde verstanden.

Nun kommt die drohende Kontingentierung in der Rede. Ich glaube, es ist keine Kontingentierung zustande gekommen. Die Kontingentierung ergibt sich indessen von selber. Ich glaube, sie wäre aber auch, wenn sie formell beschlossen worden wäre, durchaus zu rechtfertigen. Denn die Tatsache, daß man mit dem gesamten Budget am 20. Juli noch dasteht, rechtfertigt das; das Volk draußen versteht das, und das Volk draußen wünscht das. Was haben denn die Leute, nachdem der Haushaltsausschuß fertig ist und die Würfel gefallen sind, noch von den Reden! Die Taten bestimmen! Ich wäre deswegen der Meinung und ich glaube, daß es auch ohne Kontingentierung dazu kommt, daß wir trotzdem, ehe der letzte Juli da ist, mit der Sache fertig sein könnten und fertig sein sollten, ohne daß irgend ein Interesse des Volkes verletzt würde.

Nun kommt die Rücksicht auf die Presse. Ich anerkenne, daß es eine sehr schwere Leistung für die Presse ist, hier den fortgesetzten Debatten zu folgen und zu berichten. Ich habe volles Verständnis dafür, und ich weiß, was es für den Journalisten heißt, einer Debatte ständig zu folgen und zu berichten, so daß die Sache hinauskommt, wie es die Bevölkerung draußen haben will. Allein auch dafür, glaube ich, ist die Möglichkeit gegeben, durch Stimmungsbilder das Nötige zu besorgen. Wer Wert darauf legt, seine Reden nachher wörtlich zu veröffentlichen, dem steht soweit möglich die Presse seiner Partei zur Verfügung.

Nun hat der Herr Kollege Weißmann es übel empfunden, daß das Zentrum ein paar Blätter mehr hat als die Sozialdemokraten (Abg. Weißmann: Ich habe nur die Tatsache festgestellt! — Heiterkeit). Ich freue mich über die Zahl unserer Zeitungen (Erneute Heiterkeit). Hoffentlich kommt es nie so weit, daß die sozialdemokratische Presse die Zahl und den Abonnentenstand vom Zentrum erreicht! (Abg. Weißmann: Es war schon einmal umgekehrt!). Es war auch schon einmal umgekehrt, es kann auch einmal umgekehrt kommen; das hat niemand in der Hand. Es war aber eine harte Arbeit, in den siebziger Jahren von zwei oder drei Zeitungen herauf zu arbeiten, durch die einzelnen kleinen Opfer der sozial Schwachen — der größte Teil unserer Partei besteht aus sozial Schwachen — die Presse zu schaffen. Nachdem sie geschaffen ist, ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, diese Presse auf der vollen Höhe zu erhalten. Ich freue mich, sagen zu können — und das wird mir Herr Weißmann als gewiegter Journalist wohl zugestehen —, daß im allgemeinen die Presse des Zentrums nicht die letzte ist, was die Qualität der Leitung und des Inhalts angeht.

Ich bin überhaupt ein Freund der Presse, auch der gegnerischen Presse; ich lese sie immer mit großem Interesse, denn man kann immer wieder lernen. Ich habe vor dem Stand der Journalisten eine große Hochachtung. Es wird wohl kaum einen Stand geben, der eine solche Fülle von geistiger Arbeit in kürzester Zeit leisten muß, wie der Journalist, der seine Zeitung auf der Höhe halten will; und vollends heute, wo neben dem Telegraphenteufel nun auch der Radioteufel gekommen ist (Heiterkeit) und in den Redaktionen neben den Korrespondenzen und neben den Besuchen noch diese Dinge der modernen Mitteilung die Leute zu Tode plagen und sie kaum mehr in die Lage setzen, einen ordentlichen, vernünftigen Gedanken einmal durchzudenken und darüber einen Leitartikel zu schreiben. Die moderne Fixigkeitssucht und die Neuigkeitssucht des Publikums führt zur Entseelung der Redaktionen und zur Entseelung auch des Publikums. Nun sind natürlich die Journalisten nicht Herr, sondern sie sind vielfach die Knechte dieses Zeitgeistes, der sie unterjocht hat, und darum habe ich Mitgefühl mit ihnen.

Aber auch aus einem anderen Grunde möchte ich gut mit den Herrschaften stehen (Heiterkeit). Der Politiker, der die Journalisten gegen sich hat, der hat — ich will nicht sagen: verloren, aber er hat einen schweren Standpunkt (Sehr richtig!). Wer dagegen mit den Journalisten gut steht und Sinn und Verständnis für sie hat, der hat einen großen Vorteil im politischen Leben. Und da ich haben möchte, daß das Zentrum in diesem Punkte eine möglichst gute Position hat, darum stelle

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Schofer [Zentr.])

ich mich auch immer sehr gut mit den Journalisten (Heiterkeit). Das freut Sie jetzt — machen Sie es auch so! (Heiterkeit — Auf Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Ich glaube, da habe ich einen großen Vorsprung vor Ihnen (Erneute Heiterkeit und Zuruf des Abg. Dr. Glockner), während Sie Paragraphen wälzen und Ihre Verordnungsblätter und derartige Sachen studieren, interessiere ich mich eben für solche Fragen. (Auf Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Gewiß, ich bin ja froh, denn Sie sind die lebendige Gewissenhaftigkeit in diesem Hause, und darum bin ich immer ruhig: wenn Sie Ja sagen in der formalen Seite, dann sage ich, es muß wohl in Ordnung sein. Deswegen kann ich Ihnen auch nur ein langes Leben und eine lange Tätigkeit hier in diesem Hause bei voller Gesundheit wünschen (Heiterkeit — Abg. Dr. Glockner: Danke sehr!).

Damit würde ich so ziemlich, glaube ich, das Wichtigste behandelt haben, was die Aussprache ergeben hat.

Ob das Zentrum jetzt drei Stunden Redezeit bekommt oder nicht, ich glaube, das sollte Ihnen keine Schmerzen bereiten (Zuruf). Ich werde keinen Schlußantrag unterstützen, wenn ich merke, daß doch irgendwo eine ungehaltene Rede Seelenstörungen hervorrufen könnte (Heiterkeit). Denn das verbietet mir die christliche Nächstenliebe und das allgemeinmenschliche Mitleid (Heiterkeit). Ich glaube aber, wenn wir noch zwei bis drei Tage über unser Budget gesprochen haben, dann wird die Lust zum Reden so abgebüßt sein, daß wahrscheinlich der Rest des Budgets sehr rasch beendet sein wird, und deswegen geht es auch ohne Kontingentierung.

Ich wiederhole: Die glücklichen Erkenntnisse von heute mögen Früchte tragen in den kommenden Landtagen! Und wenn man auch spät einmal recht bekommt — es freut einen doch, wenn man auch erst hinterher recht bekommt. Noch schöner wäre es gewesen, wenn der Herr Kollege Dr. Wolfhard seinem Fraktionschef diese Instruktion mitgegeben hätte in den ersten Altestenausschuß (Abg. Dr. Wolfhard: Da habe ich noch keine Erfahrung gehabt! — Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Ich weiß, daß er in seiner Fraktion eine große Nummer hat und er noch die alte Demokratie repräsentiert, und infolgedessen — er hat heute gesprochen als echter, zünftiger Demokrat — möchte ich hoffen, daß er mit seinem Geist reformatorisch in der demokratischen Partei durchdringt (Heiterkeit. — Lebhafter Beifall im Zentrum).

Abg. Ritter (Komm. P.):

Als unser Parteifreund heute früh erklärte, daß es zwischen dem jetzigen Staat und dem alten Staat keinen Unterschied gebe, sondern nur eine Änderung des Firmenschildes eingetreten sei, da hat man so ein Gemurmel hören können; es erschien wohl unglaubhaft bei dem größten Teil der hier Anwesenden. Wir haben aber die Auffassung, daß der Punkt, über den wir uns im Kern unterhalten: Haushaltsausschuß und Plenum, eine sehr große Ähnlichkeit mit dem Vergangenen hat. Die Tätigkeit des Landtags, die in den Haushaltsausschuß verlegt ist, hat eine sehr große Ähnlichkeit mit dem alten Zweikammersystem, das wir hier in Baden gehabt haben (Abg. Schreck: Sehr wahr!). Wenn man sich die Zahlen vergegenwärtigt, daß über 100 Sitzungen im Haushaltsausschuß gehalten worden sind und kaum 1½ Dutzend im Plenum, so muß man sich sagen, daß bis jetzt, auch solange wir diesem Landtag angehören, das noch nicht der Fall gewesen ist. Es wird also immer versucht, die ganze Politik des badischen Landtags in den einen Ausschuß, und zwar in den Haushaltsausschuß hinein zu verlegen. Als das badische Volk voriges Jahr im Oktober seine 72 Abgeordnete in den Landtag geschickt hat, da war es ganz bestimmt der Auffassung, daß die Abgeordneten hier im Plenum im Landtag selbst in aller Öffentlichkeit die Interessen dieses Volkes vertreten sollen. Dieses Volk hatte durchaus nicht die Auffassung, daß diese Dinge in den Dunkelkammern des Landtags behandelt werden sollen. Es ist nicht so, wie man jetzt gerade von der Seite dort drüben erklärt hat, daß das Volk das versteht, daß das Volk das so will; nein, das Gegenteil ist der Fall: das Volk draußen versteht das nicht, das Volk draußen will das nicht, sondern es will in aller Öffentlichkeit hören, was hier die badische Regierung und was hier der badische Landtag zu seinem Voranschlag zu sagen hat.

Sollte irgend ein Beschluß gefaßt worden sein im Vertrauensmännerausschuß, so werden wir versuchen, mit allen Mitteln unsere Meinung hier zum Ausdruck zu bringen. Wir lassen uns einfach nicht vergewaltigen. Das, was man hier vorhatte von den beiden stärksten Parteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, ist durchaus nichts anderes, als eine reine Parteidiktatur gegen die Minderheit hier in diesem Landtag. Diese beiden Parteien beschließen einfach, es wird nur solange geredet, und damit punktum: Zentrum 3 Stunden, kommunistische Partei 1 Stunde. Ich betone noch einmal, daß wir uns nicht unterbinden lassen in unseren Ausführungen, und wir werden das zum Ausdruck bringen, was wir für notwendig halten.

Wir haben hier zum „Landtag" auch noch einiges zu sagen, eines, was bereits von einem anderen Abgeordneten angeschnitten worden ist, die Frage der Vertraulichkeit. Auch hier sollte einmal der Landtag sich aufraffen und dazu übergehen, diese Frage überhaupt zu beseitigen. Der Landtagsabgeordnete ist doch von seinem Kreis oder vom Land — wenn er auf der Landesliste stand — nicht gewählt, daß er hier hereingehe und Geheimniskrämerei treiben soll. Es soll doch keine Geheimnisse geben. Wozu schickt man den Abgeordneten in den Landtag? Daß er dem Volke Rechenschaft ablegen soll über all die Dinge, die Fragen der Wirtschaft und der Politik, die das Volk berühren. Hier aber wird einfach in den Ausschüssen erklärt: Diese Frage ist vertraulich, weil sie uns wirtschaftlich schädigen könnte, oder diese Frage ist vertraulich, weil wir als Grenzland hart an Frankreich grenzen usw.

Ich sage, für uns als Kommunisten gibt es keine vertraulichen Fragen, und für das Volk draußen erst recht nicht. Das Volk will Öffentlichkeit und Offenheit haben in allen Fragen und keine Geheimniskrämerei in diesen Dunkelkammern. Wir müssen hier also ganz energisch verlangen, daß die Frage der Vertraulichkeit, wie sie manchmal benützt wird, um Geschäfte zu machen — die jedenfalls auch keine Geschäfte sind, die man einwandfrei nennen kann —, beseitigt wird. Ich glaube, es ist einmal hier im verflossenen Landtag davon gesprochen worden, daß wenn andere Landtage in die Ferien gehen, sie dann dazu übergehen, einen landständischen Ausschuß zu bilden. In all den anderen Bundesstaaten Deutschlands geht man dazu über, einen landständischen Ausschuß zu bilden, in dem von jeder Fraktion eine Anzahl Abgeordnete hineindelegiert werden, die dann beständig die Geschäfte weiterzuführen haben. Wir haben die Auffassung, und ich glaube, die Bürgerlichen Parteien sollten diese Auffassung noch mehr haben als wir, daß es überhaupt ein unerwünschter Zustand ist, daß ein Landtag überhaupt zwei oder drei Monate in die Ferien geht. Gibt es denn in diesen zwei oder drei Monaten keine wirtschaftlichen Dinge, keine politischen Dinge, die das Volk ebenso interessieren als in den übrigen neun Monaten? Soll da nicht der Landtag zu diesen Fragen Stellung nehmen?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

Ganz bestimmt. Hier zeigt es sich am besten, daß der Landtag, überhaupt die heutigen Parlamente, tatsächlich so überflüssig wie ein Kropf geworden sind.

Weiter haben wir bei dieser Angelegenheit noch folgendes zu bemerken: Nach der Verfassung stehen den Abgeordneten ganz bestimmte Rechte zu. Der Abgeordnete soll das Recht haben, mit jedem einzelnen Bürger des Landes in Verbindung zu treten, auch das Recht steht ihm zu, mit Bekannten, Verwandten, auch mit fremden Menschen, wenn sie als Opfer dieses Staates ins Gefängnis oder ins Zuchthaus wandern, in Verbindung zu treten. In Baden ist das nicht der Fall (Widerspruch). Nein, in Baden ist das nicht der Fall! (Zwischenruf des Abg. Dr. Glockner). Natürlich ist das eine Ausnahme. Kein kommunistischer Abgeordneter bekommt schon seit längerer Zeit irgendwie die Erlaubnis, ins Gefängnis zu gehen, zum Besuche eines Strafgefangenen in diesem — wollen wir sagen — „demokratisch regierten Lande". Hier macht man eine Ausnahme gegen eine Richtung des Volkes, und zwar gegen die Kommunisten (Zwischenruf des Abg. Weißmann): Ich spreche vom badischen Landtag, Herr Abg. Weißmann, und von den kommunistischen Abgeordneten. Man hat es mir nicht erlaubt, noch dem Kollegen Schreck, noch — soviel mir bekannt — dem Kollegen Lechleiter und dem Abg. Bock. Also es ist uns einfach versagt, Fühlung zu nehmen mit den Gefangenen in den Gefängnissen und Zuchthäusern. In Württemberg ist dies anders. Dort liegt ein Beschluß des Plenums vor, daß ein kommunistischer Abgeordneter jeden Monat so viele Gefangene besuchen kann wie er will, und zwar im Gefängnis wie im Zuchthaus. Das ist in Württemberg unter der Regierung Bazille. Und hier haben wir die demokratische Republik in Baden, und hier wird es den Kommunisten einfach versagt, mit ihren Klassengenossen in Verbindung zu treten. Das ist ein unerhörter Zustand, der nicht länger aufrecht erhalten werden kann, zudem wenn man bedenkt, daß hier die stärkste Partei die Zentrumspartei ist, die immer beseelt ist von der christlichen Nächstenliebe. Und gerade hier, in diesem Lande, wo diese stärkste Partei ausschlaggebend ist und den Justizminister stellt, da unterbindet man solche Nächstenliebe, die man seinen Klassengenossen, seinen Freunden gegenüber betätigen will!

Weiter haben wir noch zu dieser Position zu erklären, daß es uns auch zu viel erscheint und ebenfalls etwas gespart werden könnte, es ist zwar nicht viel, aber man könnte es an anderer Stelle besser verwenden, dieses Wenige, als es jetzt verwendet wird, wenn man nämlich dazu übergehen würde, mindestens dem ersten und zweiten Vizepräsidenten ihre Zimmer hier abzusprechen (Heiterkeit). Es genügt vollständig, wenn dem Präsidenten eine Wohnung zur Verfügung gestellt wird; wenn aber auch noch dem ersten und zweiten Vizepräsidenten des Landtags freie Wohnung zur Verfügung gestellt wird, so halten wir das doch für etwas zu weitgehend. Denn ganz bestimmt könnte da der eine oder andere Hausdiener hineinziehen, der dann wieder seine Wohnung freimachen könnte, in der ein anderer Wohnungssuchender untergebracht werden könnte. Also hier könnte ganz gut mindestens etwas gespart werden, wenn es auch — ich betone es noch einmal — nicht allzu viel ist, besonders, wenn man auf dem Standpunkt der robusten Sparsamkeit steht, wie das heuchlerischerweise hier beständig zum Ausdruck gebracht wird.

Dann haben wir beim Landtag noch eine Frage, das ist die der Beamten. Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat hier, wie das scheinbar üblich ist — alle Jahre kehren dieselben Reden wieder — hier zum Ausdruck gebracht seinen Dank auch den Landtagsbeamten gegenüber für ihre aufopfernde Arbeit und Mühe. Es wurde heute früh schon ausgeführt, daß den Beamten mit einem Dank durchaus nicht gedient ist, besonders den Beamten, die Hungergehälter beziehen, von diesem Landtag genehmigt, die Hungergehälter beziehen, und da müssen wir dafür eintreten, daß man mindestens, trotzdem daß man drei Auffstufungen vorgenommen hat, von der IV. in die V. Gehaltsgruppe, man durchführen solle, daß alle Beamten des Landtags mindestens in die V. Gehaltsgruppe kommen müssen. Die Gehälter sind so minimal und so niedrig und die Arbeitszeit so ungeheuer lang, daß, wenn man diese Gehälter vergleicht mit denen der Angestellten und Beamten in der Privatindustrie, diese bedeutend besser daran sind, als die Angestellten des Landtages. Sie müssen hier nicht 8 Stunden arbeiten, sondern 10 und 12 Stunden. Sie müssen einfach so lange da sein, als der Landtag tagt, als die Ausschüsse da sind, eine unbeschränkte Zeit. Man sollte hier durchgreifen und in erster Linie das tun, um der Privatindustrie und dem Lande zu zeigen, daß man gewillt ist, den Achtstundentag durchzuführen, indem man hier die Achtstundenarbeitszeit einführt. Wir verlangen, daß eine Änderung geschaffen wird, daß die zu nieder bezahlten Beamten des Landtags in eine höhere Stufe hineinkommen.

Dann haben wir die Auffassung, daß, wenn man Änderungen schaffen will, auch in der Frage der Diäten, man das dann so machen solle, wie das bereits im ganzen Reich und in allen Ländern eingeteilt ist, mit einer einzigen oder zwei Ausnahmen, daß der Abgeordnete das ganze Jahr über in der Lage ist, seine Diäten beziehen zu können. Wir wollen auch feststellen, daß wir durchaus nicht der Auffassung sind, daß die Diäten die jetzt bestehen, für jeden Monat bezahlt werden sollen, in derselben Höhe auch für die Monate, die Ausfallmonate sind, sondern daß ein Ausgleich geschaffen werden soll in der Beziehung, daß die jetzt bestehenden Summen verteilt werden über das ganze Jahr.

Wir können es begreifen, wenn die Zentrumspartei sich dagegen wehrt. Einmal sind in ihrer Fraktion lauter Leute, die sich, mit einer einzigen Ausnahme, im Angestellten- oder Beamtenverhältnis befinden. Sie beziehen natürlich das ganze Jahr über neben den Diäten auch ihre Gehälter, und wenn der Landtag nicht tagt, beziehen sie in diesen Monaten auch ihre Gehälter. Das ist ein Grund, weshalb man den alten Zustand bestehen lassen will und jährlich zwei, drei Monate in die Sommerfrische gehen möchte, vielleicht nach Italien oder an die See (Zuruf beim Zentrum: Vielleicht nach Capri!). Es sind andere, und zwar Arbeiter, Angestellte und Beamte, die es bedeutend notwendiger haben, als die Reichs- und Landtagsabgeordneten, nach Capri zu gehen, bedeutend notwendiger sage ich, nur fehlt ihnen das nötige Geld.

Es wäre auch peinlich, wenn in diesen Monaten, die als Urlaubsmonate in Betracht kommen, ein, zwei Sitzungen anberaumt würden und die Zentrumsabgeordneten nicht da sein könnten. Im Lande würde das einen schlechten Eindruck machen, es würde heißen, die Zentrumsabgeordneten versäumen ihre Pflicht und deswegen ist man von jener Seite dagegen; wir können es von Ihrem Standpunkt aus begreifen, aber vom allgemeinen Standpunkt aus kann man das nicht begreifen, zudem ich betonen will, daß diese Einrichtung der Fortzahlung der Diäten in allen Parlamenten des ganzen Reiches getroffen ist. Das sind die Ausführungen, die wir zu dieser Vorlage zu machen haben.

Während obiger Ausführungen hat II. Vizepräsident von Au den Vorsitz übernommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürgerl. Ver.):

Man könnte der Ansicht sein, daß es nicht allzu erfreulich ist, daß der Badische Landtag seine Schwären und Gebresten, die offenkundig geworden sind, heute vor aller Öffentlichkeit enthüllen muß. Aber es muß geschehen, die Krankheit des Landtages bedarf dringend des Eingriffes des Arztes. Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat gesagt, sein parlamentarischer Idealismus sei ernüchtert worden, als er in das Haus eingetreten sei. Mancher wird ihm darin beipflichten. Der Grund, den er angegeben hat, ist richtig und läßt sich nicht wegdebattieren: Es sitzt in diesem parlamentarischen demokratischen Haus ein ungekrönter König, und das ist der Haushaltsausschuß. Wer drinnen sitzt, weiß alles, wer nicht darin sitzt, weiß nichts. Gewiß, man kann sagen: „Sie haben das Recht und können sich hineinsetzen" oder „die Fraktion hat die Pflicht, die Mitglieder zu unterrichten"; aber dies sind alles Aushilfen. Es müssen grundlegende Heilmittel hinzukommen, die diesen ungesunden Zustand ändern. Das ist zunächst eine andere Stoffverteilung, auf welche heute mehrfach hingewiesen worden ist. Ganz sicher könnte der Rechtspflegeausschuß eine ganze Reihe von Stoffen übernehmen, die bisher dem Haushaltsausschuß zugewiesen worden sind, oder es könnte auch manchmal ein besonderer Ausschuß, wie z. B. bei der Lehrerbildungsfrage, gebildet werden. Jedenfalls, wie es bisher gewesen ist, ist der Zustand so, daß ein beträchtlicher Leerlauf zu verzeichnen ist. Eine große Zahl von Abgeordneten wird nicht ausgenutzt; sie sind da am Platz, schlagen die Zeit tot und werden nicht in der Weise gebraucht, wie es möglich wäre.

Das zweite Mittel, den Krankheitszustand zu verbessern, ist, daß dem Plenum die nötige Zeit zur Beratung gelassen wird. Es hat sich in diesen Tagen ein beträchtlicher Widerstand gegen die Absicht der Kontingentierung geregt und gegen die Absicht, die Debatten am 31. Juli abzukappen. Dieser Widerstand hat sich nicht nur in den Kreisen der Oppositionsparteien gezeigt, sondern, wie ich zufällig weiß, auch in den Kreisen der Regierungsparteien, selbst in der Presse der Partei, deren Führer vorhin sich auf einen andern Standpunkt gestellt hat. Diese hat in einem scharfen Artikel gegen dieses Verfahren Stellung genommen (Zuruf: Sie kuschen aber!). Nicht der Landtag ist daran schuld, daß wir jetzt noch zur sauren Gurkenzeit hier sitzen, nicht der Landtag ist daran schuld, daß so spät der Haushaltsplan vorgelegt wurde. Jetzt aber soll er dafür bestraft werden, indem er mit der Peitsche durchgepreßt werden soll. Dieser Widerstand ist nicht einem rebellischen Gefühl entsprungen, sondern dem Gewissen.

Jeder Abgeordnete hat nach Pflicht und Gewissen zu entscheiden. Es ist unmöglich, dieser Pflicht zu genügen, wenn so gehetzt wird. Wenn im Ausschuß, wo 21 Köpfe sitzen, eine Materie in 3½ Monaten bearbeitet wird, kann man nicht einsehen, warum eine größere Anzahl dies in 10 bis 12 Tagen tun soll. Es handelt sich jetzt um den wichtigsten Stoff. Er findet das größte Interesse in der Bevölkerung schon deshalb, weil viele Badener am Haushalt persönlich beteiligt sind. Die Presse hat die Pflicht, für die Öffentlichkeit zu berichten. Dieser Bericht fällt aber unter den Tisch, wenn in dieser Weise verfahren wird. Es ist in der Presse in den letzten Tagen darauf hingewiesen worden, daß der Landtag zu einer Komödie herabsinke, und man kann die Erregung, die in den Fraktionszimmern vorhanden war, wohl verstehen. Eine derartige Geschäftsführung muß schließlich zu einem Parlamentarierstreik führen, indem diejenigen, die nicht genügend eingeweiht werden, dieser Art von Geschäftsführung den Rücken kehren. Ich will dies nicht vorschlagen und gut heißen, aber es wäre die notwendige Folge, wenn weiter so verfahren würde (Zuruf bei den Kommunisten: Dann würde das Zentrum allein tagen!). Wenn der Landtag am 31. Juli fertig wird, gut, wenn er nicht fertig wird, so muß aus sachlichen Gründen weiter getagt werden, nicht um die „Seelenstörungen" wegen ungehaltener Reden auszugleichen, von der eben gesprochen worden ist, sondern damit die Sache, die Presse und das Volk zu seinem Rechte kommt.

Die zweite Seite, von der gesprochen worden ist, ist, abgesehen von der anderen Stoffzuweisung, die bereits erwähnt wurde, die Verkleinerung der Ausschüsse. Als Grund hat der Herr Abg. Dr. Schofer angegeben, daß sehr viele kleine Gruppen bestehen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, ist diese Vermehrung 1921 eingetreten, als die demokratische Partei, in verminderter Zahl, mit einem Abgeordneten nicht mehr auskommen zu können glaubte. In der Tat, es muß zugegeben werden, ein einziger Kopf ist in einem Ausschusse ein unglückliches Geschöpf oder er könnte es wenigstens mitunter sein. Die Personenzahl scheint mir überhaupt nicht so wichtig zu sein. Man könnte wohl eine kleine Personenzahl hineingeben und ihr im ganzen ein der Größe der Partei entsprechendes Stimmrecht zuerteilen. Es ist auch nicht recht einzusehen, warum überhaupt bestimmte Persönlichkeiten namentlich in den Ausschuß hineingewählt werden; es könnte genügen, wenn man die Kopfzahl bestimmt und es dann der Partei überläßt, wen sie in den einzelnen Ausschuß bringen will. Das hätte den Vorteil, daß die Möglichkeit größerer Beteiligung der Abgeordneten von vornherein vorgesehen ist.

Was die Verkleinerung der Ausschüsse anbetrifft, so ließe sich über die Sache reden, wobei ich auf der anderen Seite den kleineren Parteien zubillige, daß ein einzelner Mann in einem Ausschuß eine Erschwerung bedeutet, die aus sachlichen Gründen untunlich erscheint.

Die amtliche Berichterstattung über die Ausschüsse, von der gesprochen worden ist, scheint notwendig zu sein. Es liegt da ein scharfer Unterschied vor: Die Berichte im Plenum sind neutrale Berichte, die Berichte über die Ausschüsse sind gefärbt, selbst beim besten Willen, neutral zu sein. Wenn die amtliche Berichterstattung über die Ausschüsse kurz und vor allen Dingen rasch erfolgt, könnte sie nützen, schlechter als die bisherige Berichterstattung in den Zeitungen wird sie bestimmt nicht werden.

Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat die Frage der Diäten aufgegriffen, und wie wir glauben, mit Recht aufgegriffen. Er hat auch auf die soziale Seite dieser Angelegenheit hingewiesen. Wir stimmen damit überein; jedenfalls darf das Abgeordnetenamt niemals zu einem Privileg finanziell bevorzugter Kreise werden. Dieser Frage sollte man mit größter Beschleunigung näher treten. Im ganzen genommen, darf man es als erfreulich feststellen, daß, wie aus den Ausführungen des Herrn Dr. Schofer hervorgegangen ist, man von dem Gedanken einer Kontingentierung abgekommen ist und den Baum zu Ende wachsen lassen will, wie er wachsen muß und ihn nicht abzukappen gedenkt. Dies scheint gut zu sein. Trotz dieser Wendung sind wir der Ansicht, daß man den Fragen, die aufgetaucht sind, in der nächsten Zeit mit Energie zu Leibe rücken und sie lösen muß.

Während obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Schneider (Zentr.):

Ich möchte ein paar Worte in bezug auf den Geschäftsstand der beiden genannten Ausschüsse des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung sagen. Es ist richtig, daß besonders in der jetzigen Session die neu eingetretenen Mitglieder, die über eine erfreuliche Arbeitskraft und Arbeitslust verfügen, bis zu einem gewissen Grade eine Enttäuschung erfahren mußten. Wenn wir die Geschäftslage der vorausgegangenen Session oder eine annähernde Geschäftslage hätten, wie sie in der vorausgegangenen Session war, so wäre kaum Veranlassung, sich über die mangelhafte Beschäftigung zu beklagen. Ich will an die Gesetzesvorlagen erinnern, die in dem letzten Jahre alle erledigt wurden, Gemeindeordnung, Fürsorgegesetz, Stammgüteraufhebungsgesetz usw., ganz abgesehen von den zahlreichen Kostengesetzen, die alle notwendig waren, bevor das Ermächtigungsgesetz an die Regierung in den einzelnen Sparten erging. Aber es ist Tatsache, in der abgelaufenen Session war der Geschäftsgang auffallend gering im Verhältnis zu vorausgegangenen Jahren.

Der Abg. Weißmann hat vorhin gemeint, der Ausschuß hätte sich nur mit geringfügigen Sachen beschäftigt. Da kann ich ihm nicht beipflichten. Nach meiner Auffassung ist alles, was Justiz und Verwaltung heißt und anbelangt, gleich wichtig, und Sachen, die sich vielleicht auch geringfügig ansehen, haben doch einen tieferen Grund und müssen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit und der gleichen Gründlichkeit behandelt werden, wie Dinge, die vielleicht mehr in die Augen springen und mehr Interesse zu erregen geeignet sind.

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Herr Präsident für den Zustand eigentlich nicht verantwortlich ist, denn die Zuweisung, die er vorschlägt, und die das Haus billigt, die entsprechen doch der Tradition, der historischen Entwicklung — will ich einmal sagen —, die die Verteilung der Geschäfte hier im Hause genommen hat, daß nämlich alle Dinge, mit denen Staatsausgaben verbunden sind, oder verbunden zu sein scheinen, in den Haushaltsausschuß verwiesen werden. Wenn man den Fall bis zu seiner letzten Konsequenz durchdenkt, dann müßte wahrscheinlich alles in diesen Ausschuß kommen, denn schließlich wird der Staatssäckel an fast allen Vorlagen beteiligt sein. Wenn die Ausführungen des Abg. Dr. Wolfhard nur soviel erreicht haben — wenn sie auch post festum gemacht wurden —, daß in Zukunft in der Beziehung eine Änderung eintritt, so glaube ich, können wir uns schon über sie freuen (Abg. Dr. Schofer: Seien Sie vorsichtig mit der Freude!). — Arbeitsfreude! — (Zuruf des Abg. Dr. Schofer) — in dem Sinne, daß tatsächlich bei der Verteilung der Geschäfte an die beiden Ausschüsse der Rechtspflegeausschuß etwas mehr wie seither bedacht werden wird.

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich darf nun als Präsident des Landtags die eine Bemerkung anschließen, daß, was an mir liegt, geschehen soll, daß der Rechtspflegeausschuß an Arbeit zugewiesen erhalten soll, was er nur wünschen kann.

Die Einzelberatung wird eröffnet.

Der Präsident ruft auf Titel I § 1, und zwar nach dem Antrag des Ausschusses. Derselbe lautet:

„Der Landtag wolle in Abänderung des Antrags in Drucks. Nr. 118a den Voranschlag des Landtags in Ausgabe und Einnahme genehmigen, mit der Änderung, daß in Titel I § 1 einzufügen ist:

1 Verwaltungsassistent Gruppe V	2700 RM.
2 Kanzleiassistenten Gruppe IV	5700 RM.

Dadurch ändert sich die letzte Zeile des § 1 des Voranschlags in 12 (bisher 8 Beamte), Summe 57 345 RM.

In § 8a, „Stellvertretung und Dienstaushilfe", ermäßigt sich die Anforderung auf 27 990 RM."

Ferner die §§ 2 bis 15 und erklärt sie für einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Einnahme Titel I § 1—3 und erklärt sie gleichfalls für einstimmig angenommen.

Zu Ziffer II der Tagesordnung der 51. Sitzung:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926 und 1927, Hauptabteilung III, Ministerium des Innern, und zwar zunächst Titel I—VI, IX—XI, XIV—XVI und XVII—XX der Ausgabe und Titel I bis III, VI—VIII, XI—XIII und XV der Einnahme

bemerkt der Präsident, daß in dem Druckexemplar Nr. 118c I vor dem Datum unmittelbar am Schluß ein Absatz 3 noch einzufügen ist:

daß

„über das Gesuch der badischen Tierärztekammer zur Tagesordnung übergegangen wird."

Das Wort erhält

Berichterstatter Abg. Dr. Föhr:

Namens des Haushaltsausschusses habe ich Ihnen zu berichten über die Beratungen des Ausschusses über den Budgetteil des Ministerium des Innern, der soeben von dem Herrn Präsidenten aufgerufen worden ist. Die Gesamtausgaben, welche in dem bisherigen Etat des Ministeriums des Innern vorgesehen sind, belaufen sich auf 43 906 800 RM. Denselben stehen als jährliche Einnahmen gegenüber 23 825 900 RM. Somit sind aus Steuermitteln des Landes zu decken 20 080 900 RM. Diesem Betrag stand in den beiden letzten Budgetjahren die Summe von 14 754 790 RM. gegenüber. Im Bereiche des Ministeriums des Innern haben wir also künftig 5 326 110 RM. mehr als bisher durch allgemeine Steuermittel zu decken. Dazu kommt noch der Aufwand im außerordentlichen Etat. Im letzten Budget betrug die Ausgabe 2 245 500 RM., denen Einnahmen in Höhe von 250 600 RM. gegenüberstanden, also entsprechend für die Staatskasse im außerordentlichen Etat ein Aufwand in Höhe von 1 994 900 RM. Für die beiden nächsten Budgetjahre sind im außerordentlichen Etat an Ausgaben 9 506 900 RM., in Einnahmen 1 573 100 RM. vorgesehen, so daß hier aus Mitteln der Staatskasse ein Betrag von 7 933 800 RM. gedeckt werden muß. Es sind also künftig aus Mitteln der Staatskasse im Bereiche des Ministeriums des Innern 28 014 700 RM. gegenüber bisher 16 743 660 RM. zu decken. Das ist also zweifellos eine ganz außerordentliche Steigerung der Ausgaben, wie sie im Bereiche des Ministeriums des Innern in den beiden nächsten Budgetjahren an uns herantritt.

Die größte Steigerung ist wohl im Titel Bezirksverwaltung zu suchen, wo aber den erhöhten Ausgaben im Betrage von 1 657 030 RM. auch erhöhte Einnahmen mit einem Betrage von 1 712 000 RM. gegenüberstehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. Dr. Föhr)

Anders liegen die Dinge bei dem Titel Polizei. Hier haben wir eine Ausgabensteigerung in Höhe von 4 231 420 RM. und eine Einnahmesteigerung in Höhe von nur 1 593 380 RM., so daß wir im künftigen Etat an Mehrausgaben den Betrag von 2 638 040 RM. zu decken haben. Der Gesamtaufwand des Landes für die Polizei beträgt künftig 17 693 700 RM., bisher 10 619 200 RM., also 7 074 500 RM. mehr. Bisher waren es nur 13 272 280 RM. Ausgaben, denen Einnahmen in Höhe von 9 025 820 RM. gegenüberstanden, so daß aus Mitteln des Landes 4 246 460 RM. aufgebracht werden mußten. Künftig wird unser Etat durch den Titel Polizei um 3 000 000 RM. mehr belastet sein.

In dem Bereich des Ministeriums des Innern sind auch hinsichtlich der Beamten eine Reihe von Veränderungen vorgenommen worden. Die Zahl der außerplanmäßigen Stellen betrug bisher 473, künftig werden es noch 266 sein. Es sind das also 207 Stellen weniger. Außerdem sind im Bereiche des Ministeriums des Innern eine ganze Reihe von Hebungen der betreffenden Beamtenstellen vorgesehen. In dem künftigen Etat werden vor allen Dingen in den unteren Gruppen wesentliche Besserungen vorgenommen. So werden ausgeführt in Gruppe I 10 Stellen weniger angefordert, in Gruppe II 64 Stellen weniger, in Gruppe III 553 Stellen weniger, in Gruppe IV 77 Stellen weniger, dafür dann in der Gruppe V 105 Stellen mehr, in Gruppe VI 76 Stellen mehr, in der Gruppe VII 30 Stellen weniger, in der Gruppe VIII 94 Stellen mehr, in Gruppe IX 1 Stelle mehr, in Gruppe X 8 Stellen mehr, in Gruppe XI 6 Stellen mehr, in Gruppe XII 4 Stellen mehr und in Gruppe XIII 3 Stellen mehr. Insgesamt ist der Mehraufwand, der im Bereiche des Ministeriums des Innern durch die Änderung der Besoldung der Beamten eintreten wird, auf 515 668 RM. veranschlagt, zusammen für die beiden Jahre 1926 und 1927. Hiervon entfallen auf neue Stellen 135 330 RM., auf die eigentlichen Höherstufungen 380 338 RM.

Im Verlaufe der Generaldebatte über diesen Budgettitel war verschiedentlich von der Staatsvereinfachung die Rede. Von mehreren Rednern wurden Vergleiche über den Mehraufwand angestellt, den das Budget heute bringt und den Aufwand, wie er im Jahre 1914 vorlag. Ein klares, absolut sicheres Bild konnte indessen aus diesen Vergleichen nicht gewonnen werden. Es wurde deshalb die Anregung ausgesprochen, daß von seiten der Regierung eine einwandfreie Darstellung gegeben werde. Der Berichterstatter hat verschiedentlich Anregungen gegeben, wie da und dort Einsparungen gemacht werden könnten. Abgesehen von einem Titel, dem polizeilichen Arbeitshaus in Kislau, wurden jedoch die Anregungen des Berichterstatters nicht weiter verfolgt.

Zu den Verhandlungen der einzelnen Titel habe ich folgendes zu berichten. Bei dem Titel Landeskommissäre und Verwaltungsgerichtshof wies die Regierung darauf hin, daß beide Institutionen als unentbehrlich bezeichnet werden müssen, und daß die Regierung Anregungen, wie sie seit Jahren da und dort gegeben worden sind, diese Institutionen abzubauen, nicht stattgeben könne.

Bei dem Titel Bezirksverwaltung kam zunächst ein Gesuch der badischen Tierärzte zur Erörterung, das verlangte, daß die früher im Staatsvoranschlag vorgesehene Summe von 14 000 RM. wieder eingestellt werde. Die Regierung wies darauf hin, daß kein berechtigter Anlaß dazu bestehe, da die Lage der Tierärzte nicht schlimmer sei, als die Lage der anderen freien Berufe. Dementsprechend ging man über das Gesuch zur Tagesordnung über. Namens des Haushaltsausschusses habe ich dem Plenum des Landtags einen diesbezüglichen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Bezüglich der Nachprüfung der elektrischen Lichtanlagen wurden Beschwerden dahin vorgebracht, daß da und dort unnötige Ausgaben für die Bevölkerung entstehen könnten. Die Regierung betonte, daß man Sorge tragen werde, daß eine unnötige finanzielle Mehrbelastung der Bevölkerung vermieden werde.

Ein demokratischer Redner und ein Zentrumsredner erhoben gegen die Bezirkstagegelder Einspruch. Die Regierung bemerkte aber, daß man beim Finanzministerium Bedenken darüber habe, daß etwa für die Landräte die Bezirkstagegelder ganz beseitigt würden, es hätte das Konsequenzen für andere Beamtenkategorien. Das Finanzministerium lehne es ab. Deshalb sehe auch das Ministerium des Innern keine Möglichkeit, dieser Anregung weiterhin Folge zu geben.

Bei Titel IV § 11 der Ausgabe, Staatszuschuß an die Kreisverbände, habe ich darauf hinzuweisen, daß das Staatsministerium nachträglich beantragt hat, den Posten von jährlich 400 000 RM. auf jährlich 500 000 RM. zu erhöhen, also für beide Budgetjahre zusammen den Betrag von 1 Million RM., einzusetzen, da das in Aussicht genommene Gesetz diesem Landtag noch nicht zugegangen ist, deswegen auch in der nächsten Zeit nicht verabschiedet werden kann. Der Herr Minister des Innern wies darauf hin, daß man sich vorbehalte, eventuell mit einem Nachtrag zu kommen, sich auch weiterhin vorbehalte, eventuell den Gesamtbetrag, obwohl er für beide Budgetjahre vorgesehen, bereits im ersten Jahre, wenn eine Notwendigkeit sich ergibt, zu verausgaben.

Bei Titel IV § 12, gemeinnützige Zwecke, insbesondere zur Förderung des Feuerlöschwesens, wünschte ein demokratischer Redner, daß die Regierung nachweisen möge, wie die Mittel in dem letzten Budgetjahre verwandt worden sind.

In dieser Nachweisung des Ministeriums wurde festgestellt, daß von der Gebäudeversicherungsanstalt und den in dem Lande zugelassenen Feuerversicherungsunternehmungen seit Mitte November 1923 bis Anfang März 1926 folgende Abgaben eingegangen sind:

a) bei der Landesfeuerwehrunterstützungskasse	1 032 800 RM.
b) an die Landesfeuerwehrunterstützungskasse unmittelbar von der Gebäudeversicherungsanstalt als Vorschuß für 1924	51 100 RM.
zus.:	1 083 900 RM.

Hiervon haben erhalten:

a) die Landesfeuerwehrunterstützungskasse (51 100 + 665 900 RM)	717 000 RM.
b) Finanzministerium für Wasserversorgung	274 900 RM.
c) Gebäudeversicherungsanstalt für Schindeldächer	92 000 RM.
	1 083 900 RM.

Die Zuweisungen an die Landesfeuerwehrunterstützungskasse haben betragen im Jahre

1924: 51 100 + 120 000 RM. =	171 100 RM.
1925: 96 000 + 225 000 + 90 000 + 100 000 RM =	511 000 RM.
1926: 34 900 RM. =	34 900 RM.
	717 000 RM.

Ich gehe über zu Titel IV B (Außerordentlicher Etat), § 1: Aufwendungen für den Luftverkehr. Diese Position gab im Haushaltsausschuß Anlaß zu einer längeren Aussprache. Von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. Dr. Föhr)

seiten der Regierung wurde ein eingehender Bericht über die Entwicklung des Luftverkehrs speziell unter dem Gesichtspunkt gegeben, insoweit das Land Baden daran interessiert ist. Es wurde dem Haushaltsausschuß auch schriftlich eine genaue, zahlenmäßige Darlegung über die zu verwendenden Mittel zur Verfügung gestellt; ich entnehme daraus das wichtigste und trage es dem Hohen Hause vor:

Die im II. Nachtrag zum letzten Staatsvoranschlag für den Luftverkehr bewilligten 200 000 RM. wurden wie folgt verwendet:

I. Beteiligung am Süddeutschen Aero-Lloyd München (Aero-Lloyd-Konzern) mit 50 000 RM. zum Kurs von 105 Proz. 52 500 RM.

II. Subventionen:

1. für die Strecke München—Stuttgart—Baden-Baden, 5 Monate	12 500 RM.
2. Schwarzwaldlinie Mannheim—Konstanz, 5 Monate	25 000 RM.
3. Karlsruhe—Frankfurt, 5 Monate	20 000 RM.
4. Karlsruhe—Stuttgart, 2 Monate	2 000 RM.

III. Unterstützung der Segelfliegergruppe des Karlsruher Luftfahrtvereins beim Bau von Segelflugzeugen 1 000 RM.

zusammen 113 000 RM.

Der Rest des bewilligten Betrags mit 87 000 RM. wurde zwecks Beteiligung an der inzwischen gegründeten deutschen Lufthansa zurückbehalten.

Das Aktienkapital der deutschen Lufthansa, über deren Organisation die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, soll 25 Millionen RM. betragen. Es ist in Aussicht genommen, hiervon 55 Proz. der privaten Wirtschaft (Junkers-Konzern, Aero-Lloyd-Konzern, sowie den verschiedenen regionalen Gesellschaften) zu überlassen, 26 Proz. will das Reich übernehmen, 19 Proz. sollen den Ländern vorbehalten sein. Der auf Baden entfallende Anteil dürfte sich voraussichtlich auf rund 200 000 RM. belaufen.

Für Subventionen in den nächsten zwei Jahren stehen daher bei Genehmigung des im Voranschlag angeforderten Betrags von 320 000 RM. zur Verfügung:

a) Restsumme aus dem Vorjahre	87 000 RM.
b) Neuanforderungen	320 000 RM.
	407 000 RM.
davon ab Beteiligung an der Lufthansa schätzungsweise	200 000 RM.
bleiben	207 000 RM.
also pro Jahr	103 500 RM.

Die Subvention beträgt allgemein in Deutschland pro Flugkilometer 2 RM. Die sogenannten internationalen Linien werden in vollem Umfange durch das Reich subventioniert, zu den anderen Linien gibt das Reich, soweit sie von der Lufthansa beflogen werden, einen Zuschuß von 50 Pf. pro Flugkilometer.

Für Baden sind folgende Linien vorgesehen:

I. Reichssubventionierte Linien:

1. Basel — Mannheim — Frankfurt — Köln—Düsseldorf—Amsterdam,
2. Zürich—Stuttgart — Mannheim — Frankfurt—Hannover—Hamburg,
3. bei günstigem Ausgang der Pariser Luftfahrtsverhandlungen eine Karlsruhe berührende West—Ostlinie.

II. Luftverkehrslinien, die in der Hauptsache von den Ländern und Städten zu subventionieren sind:

1. München — Stuttgart — Baden-Baden, Mannheim—Darmstadt,
2. Karlsruhe — Mannheim—Frankfurt—Erfurt—Halle—Berlin,
3. Schwarzwaldlinie (Mannheim — Karlsruhe — Baden-Baden—Villingen—Konstanz).

Der badische Anteil an der Subventionierung der unter II genannten Linie beträgt auf Grund der mit den übrigen beteiligten Stellen gepflogenen Verhandlungen nach Abzug der Reichssubvention:

a) für die Linie II 1	62 400 RM.
b) für die Linie II 2	86 000 RM.
c) für die Linie II 3	97 500 RM.
zusammen	245 900 RM.

Während im vorigen Jahre bei der Aufbringung der Subventionen Staat und beteiligte Städte jeweils die gleichen Beträge aufbrachten, mußte in diesem Jahre wegen der notwendig gewordenen Einschränkung des Staatsvoranschlags die Staatsbeteiligung nach längeren Verhandlungen mit den Städten auf 40 Proz. eingeschränkt werden.

Im Haushaltsausschuß wurde nun von seiten des Berichterstatters die Anregung gegeben, daß auch die Stadt Freiburg eine entsprechende Berücksichtigung finden soll; es solle ermöglicht werden, daß eine Zubringerlinie geschaffen werde, so daß auch Freiburg an den Flugverkehr angeschlossen wird. Die Aussprache über diesen Gedanken verdichtete sich schließlich zu einem Antrag Dr. Schofer—Dr. Föhr—Heurich folgenden Wortlauts:

„Die Unterzeichneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen, in Hauptabteilung III Titel IV B § 1 den Erläuterungen den Satz anzufügen:

„Die Stadt Freiburg ist tunlichst in gleicher Weise wie Karlsruhe und Mannheim zu berücksichtigen."

Dieser Antrag wurde mit 13 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Beim Titel V — Polizei und Gendarmerie — habe ich zunächst darauf hinzuweisen, daß infolge der Entwaffnungsnote der Entente grundlegende Änderungen vor sich gegangen sind. Die Vereinheitlichung der Polizei hat durchgeführt werden müssen, die Anwendung des Beamtenrechtes ist zur Pflicht gemacht; über die Anwendung des Beamtenrechtes — so teilt uns die Regierung mit — schweben noch Verhandlungen. Von der staatlichen Polizei müssen infolge der Entwaffnungsnote 30 000 Stellen abgebaut werden; in Baden werden etwas über 300 in Betracht kommen: deswegen sind im Budget bereits 309 Stellen in Abgang aufgeführt.

Nach der in der Entwaffnungsnote ausgesprochenen Forderung der Entente darf die Organisation in Zukunft nicht mehr so — wie die Entente behauptet — „militärisch" sein; deswegen ist künftig der Polizeidirektor in vollem Umfang für die Polizei verantwortlich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. Dr. **Föhr**)

Bedenken wurden im Haushaltsausschuß — einmal von seiten des Berichterstatters, dann aber auch von anderer Seite — wegen der Art und Weise vorgetragen, wie da und dort die Polizeistrafen durchgeführt werden; es wird gebeten, daß man auch auf diesem Gebiete die Sache nicht allzu fiskalisch anpacke.

Über die Sonderzulagen, die seitens der Polizeibeamten, insbesondere auch von der Kriminal- und Fahndungspolizei, gewünscht werden, hat gleichfalls eine längere Aussprache stattgefunden. Es wurden auch zwei Anträge eingebracht: einer dieser Anträge ging vom Berichterstatter, ein weiterer von der Deutschen Volkspartei aus. Sie sind aber beide für das Spätjahr zurückgestellt worden — und ebenso wurde hinsichtlich der vorliegenden Beamtenpetitionen verfahren, weil der Haushaltsausschuß nicht mehr die Zeit finden konnte, um all diese vielen Beamtenpetitionen ins Einzelne gehend mit der nötigen Gründlichkeit durchzuarbeiten und durchzuberaten.

Zu diesem Titel, „Polizei", ist dem Landtage auch eine Aufstellung über die im Bereich der Polizei verwendeten Dienstpferde, ebenso über die Polizeihunde und schließlich über die Kraftwagen zugegangen; auch darüber hat eine Aussprache stattgefunden. Den Darlegungen der Regierung entnehme ich folgende kurze Angaben: Insgesamt sind verwendet an Pferden bei der Polizei: 69 Reitpferde und 56 Zugpferde; an Diensthunden: 34 Schutzhunde bei der Polizei und 79 solcher Schutzhunde bei der Gendarmerie, ferner 7 Spürhunde; an Kraftwagen sind von der Polizei verwendet: 61 Lastkraftwagen, 9 Personenkraftwagen, 5 Sanitätskraftwagen, 4 Notrufwagen, 6 Kleinkraftwagen, 30 Motorräder und 6 Sonderwagen.

Ich wende mich nunmehr dem Titel VI — Polizeiliches Arbeitshaus — zu. Hier hat sich über den Aufwand, den dieses polizeiliche Arbeitshaus verursacht, eine längere Aussprache entsponnen. Von seiten des Berichterstatters wurde darauf hingewiesen, daß gerade hier die Summe der Ausgaben sich verringern müsse. Nach den Angaben der Regierung sind damals, als der Haushaltsausschuß das Budget beriet, an Insassen 134 in diesem Arbeitshaus gewesen. Zum Arbeitshaus gehören 33 Morgen Ackerfeld und Obstgarten.

Besonderen Anstoß erregte im Haushaltsausschuß, nachdem der Berichterstatter darauf hingewiesen hatte, der angeforderte Betrag von 300 000 RM. im außerordentlichen Etat § 1: Erstellung eines Kochküchengebäudes und eines Waschküchenbaues. Es wurde indes von seiten des Regierungsvertreters darauf hingewiesen, daß geplant sei, nicht nur das, was auf den ersten Augenblick hier in die Erscheinung trete, sondern auch eine Zentralheizung, Baderäume, Bäckerei, einen Flügel mit 14 Einzelzellen und 2 Wohnzimmer zu bauen. Der Herr Minister des Innern gab am Ende der Beratung dem Haushaltsausschuß zur Kenntnis, daß er die Waschküche, die Backküche und die Totenkammer nicht ausführen wolle und daß statt 14 nur 7 bis 8 Zellen gebaut werden sollen; dann sei nur der Betrag von 170 000 RM. nötig. Dafür aber wünsche er, daß am Hauptbau entsprechende bauliche Veränderungen vorgenommen würden, die einen Aufwand von 30 000 RM. ausmachen. Dementsprechend seien in Titel VI § 8, Gebäude, im ordentlichen Etat statt jährlich 25 000 RM. 40 000 RM. zu setzen und entsprechend in der Unterabteilung b, größere Herstellungen, statt 12 500 RM. 27 500 RM., für das Kochküchengebäude wären dann statt 300 000 RM. 170 000 RM. zu setzen. Diesem Vorschlag des Herrn Ministers des Innern gab der Haushaltsausschuß statt; es wurde ein diesbezüglicher Antrag angenommen bei 5 **Enthaltungen**. Dementsprechend habe ich Ihnen auch namens des Haushaltsausschusses gemäß dem Antrag, der Ihnen vorliegt, diese Beschlußfassung zu empfehlen.

Bei Titel IX, Heil- und Pflegeanstalten, wurde seitens der Regierung der derzeitige Krankenstand, die Krankenbewegung im Lande Baden dem Haushaltsausschuß zur Kenntnis gegeben. Die Krankenbewegung im Jahre 1925 war folgende: Aufnahmen 4342, Entlassungen 3646, Todesfälle 387, Stand am 1. April 1926: Männer 1866, Frauen 1983, zusammen 3849. In offener Fürsorge der Anstalten Wiesloch und Konstanz stunden am 1. April 1926 in der Fürsorgestelle Mannheim 539, und zwar 339 Männer und 200 Frauen. Im Amtsbezirk Wiesloch und Sinsheim: 53 Männer und 53 Frauen, zusammen 106, im Seekreis 167 Männer und 207 Frauen, zusammen 374. Das ergibt zusammen 559 Männer und 460 Frauen, also insgesamt 1019.

Beim Titel „Badanstalten" wurde erneut, wie es schon in früheren Jahren bei Beratung dieses Titels der Fall war, auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Badanstalten rentabler gestaltet werden, daß sie sich selbst tragen. Es wurde vom Berichterstatter darauf hingewiesen, daß hier tatsächlich bereits eine erfreuliche Besserung eingetreten ist. Auch von Badenweiler kann das bestätigt werden auf Grund der organisatorischen Änderungen, die dort vorgenommen worden sind, wie vom Berichterstatter anerkannt wurde und auch heute wieder anerkannt wird. Der Herr Minister wird gebeten, in diesem Sinne in Badenweiler mit seinen Sanierungsbestrebungen fortzufahren. Der Herr Minister teilte mit, das Ziel sei, daß die Bäder sich selbst tragen müßten, und diesem Ziel seien wir näher gekommen. Es müßten aber jetzt die technischen Einrichtungen so gefördert werden, daß eine dauernde Frequenz gesichert wird. Bezüglich Baden-Badens erklärte er, der Charakter „Luxus- und Unterhaltungsbad" komme für den Staat nicht in Betracht. Die Balanzierung sei nur möglich, wenn die ärztliche Versorgung und die Einrichtungen auf der Höhe sind. Die Bäder auf sich selbst zu stellen, sei nur möglich durch Zurverfügungstellung eines entsprechenden Kapitals. Der Gedanke, eine Aktiengesellschaft zu schaffen, werde nicht mehr verfolgt. Der Herr Minister stellte eine Denkschrift darüber in Aussicht, wie die Rentabilität der Badanstalten sichergestellt werde.

Auch bei Titel XI, Landeshebammenlehranstalt, wurde auf die Notwendigkeit der Herstellung der Rentabilität hingewiesen. Bezüglich der Frequenz dieser Anstalt wurde mitgeteilt, daß bei ihrer Übernahme die Anstalt voll belegt gewesen sei. Während der Teuerung und der Arbeitslosigkeit habe die Frequenz nachgelassen. Zurzeit seien von 59 Betten in der Frauenklinik 39 belegt und im Wöchnerinnenheim von 66 49. Es sei jetzt wiederum eine Zunahme der Frequenz erfolgt.

Beim Titel XVI, Landesstatistik, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Arbeiten des Statistischen Landesamts im früheren Ausmaß wiederum aufgenommen werden. Der Herr Minister teilte mit, daß die Statistischen Mitteilungen wiederum erscheinen könnten, jedoch noch nicht das Statistische Jahrbuch, da hierfür der Personalbestand noch nicht ausreiche.

Schließlich habe ich noch über einige Petitionen zu berichten, die im Zusammenhang mit der Beratung des Ministeriums des Innern erledigt worden sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. Dr. Föhr)

Zunächst eine Petition der in den Dienstgebäuden Rheinhäuserstraße Nr. 17 und 19 und Stolzestraße Nr. 4 in Mannheim wohnenden 36 Polizeibeamtenfamilien, die verlangten, daß ihre Wohnungen entsprechend instand gesetzt, die Beleuchtung eingeführt würde. Diese Wünsche werden durch die Bewilligung dieses Etats erfüllt. Es wird deswegen vorgeschlagen, diese Petition durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären.

Dasselbe gilt von dem Gesuch des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk Baden, in Karlsruhe, Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an das Pflegepersonal der Heil- und Pflegeanstalten.

Ein Gesuch des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ortsausschuß Pforzheim, befaßt sich mit der Einstufung mancher Bürgermeister und dem Versuch, sich gegen das Sperrgesetz zu wenden, sich den Maßnahmen des Sperrgesetzes und des Schiedsgerichts zu entziehen; es wird die Regierung aufgefordert, entsprechende Schritte einzuleiten. Der Haushaltsausschuß hat hier Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme beschlossen.

Dasselbe gilt von einem Gesuch der Gruppe der Badischen Gendarmerieoffiziere, ihre Gehaltsverhältnisse betr., von einem Gesuch der Wirtschaftsleiterin im Landesbad Baden-Baden ähnlichen Betreffs und dem Gesuch des Pflegepersonals der Heil- und Pflegeanstalt Illenau um bessere Berücksichtigung mit Dienstwohnungen in Anbetracht der schlechten Wohnungslage in Achern und Umgebung. Auch hier kann unter Umständen mit den Mitteln, die im Budget vorgesehen sind, Abhilfe geschaffen werden. Auch bezüglich dieser Petition wurde vorgeschlagen, sie der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Dementsprechend habe ich als Berichterstatter namens des Haushaltsausschusses folgenden Antrag — der Ihnen in Drucks. Nr. 118c I vorliegt — zu stellen:

Der Haushaltsausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle

I. den Voranschlag des Ministeriums des Innern Titel I—VI, IX—XI, XIV—XVI und XVIII—XX der Ausgabe und Titel I—III, VI—VIII, XI—XIII und XV der Einnahme genehmigen mit der Abänderung, daß in der Ausgabe

1. in Titel IV § 17, Staatszuschuß an die Kreisverbände, statt jährlich 400 000 RM. jährlich 500 000 RM. gesetzt wird;
2. in Titel IV B § 1, Aufwendungen für den Luftverkehr, den Erläuterungen der Satz beigefügt wird: „Die Stadt Freiburg ist tunlichst in gleicher Weise wie Karlsruhe und Mannheim zu berücksichtigen.";
3. in Titel VI § 8, Gebäude, statt jährlich 25 000 RM. jährlich 40 000 RM. und in der Unterabteilung
   b) Größere Herstellungen, statt 12 500 RM. 27 500 RM. gesetzt wird;
4. in Titel VI B § 1, Erstellung eines Kochküchengebäudes und eines Waschküchenbaues statt 300 000 RM. gesetzt wird 170 000 RM.;

II. beschließen, daß

1. die Gesuche der in den Dienstgebäuden Rheinhäuserstraße Nr. 17 und 19 und Stolzestraße Nr. 4 in Mannheim wohnenden Polizeibeamten, sowie des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt,
2. die Gesuche des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ortsausschuß Pforzheim, der badischen Gendarmerieoffiziere, der Wirtschaftsleiterin im Landesbad Baden-Baden und des Pflegepersonals der Heil- und Pflegeanstalt Illenau

der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

3. über das Gesuch der Badischen Tierärztekammer zur Tagesordnung übergegangen werde.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag des Haushaltsausschusses zur Annahme (Beifall beim Zentrum).

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen. Das Haus entscheidet sich mit Mehrheit für den Vorschlag des Präsidenten.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf morgen vormittag 8½ Uhr an, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der heutigen Tagesordnung, und schließt die Sitzung gegen 7½ Uhr.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	2609
Beratung über den Staatsvoranschlag Hauptabteilung II Staatsministerium	
Allgemeine Beratung	
Abg. Lechleiter	2612
Abstimmung	2622/23
Bericht und Beratung über Hauptabteilung I Landtag	
Berichterstatter Abg. Freidhof	2624
Allgemeine Beratung	
Abg. Dr. Wolfhard	2626
„ Weißmann	2633
„ Dr. Schofer	2637
„ Ritter	2643
„ Dr. Schmitthenner	2647
„ Schneider	2649
Präsident Dr. Baumgartner	2649
Abstimmung	2649/50
Bericht und Beratung über Hauptabteilung III Ministerium des Innern (Teil)	
Berichterstatter Abg. Dr. Föhr	2650

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.